

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Gratzsch behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1,80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon 72208 — **Postkontonummer Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauhaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauhaer Straße 19/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die Wogelpost, Kolonellselle 33 Pf., bei Vorkauf 40 Pf.  
Stellenangebote Wogelp. Kolonellselle 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die Wogelp. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklamesp. 2 M. Inierate o. ausw.: die Wogelp. Kolonellselle 40 Pf. bei Vorkauf 60 Pf., Reklamesp. 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Kreisvertriebsstellen und alle Postanstalten entgegen

## Urteil im Arensdorfer Prozeß

Suchtlaus für beide Angeklagte — Mindeststrafe für den jungen, Verhaftung des alten Schmelzer

### Die Begründung des Urteils

SPD Frankfurt a. O., 17. Dezember.

Das Urteil im Arensdorfer Totschlagprozeß wurde heute abends — 7 Uhr veröffentlicht. Es lautet folgendermaßen:

Der Angeklagte August Schmelzer wird wegen Totschlages und Totschlagversuches zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt. Der Angeklagte Paul Schmelzer wird wegen Beihilfe zum Totschlag und zum versuchten Totschlag zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und außerdem zu 50 Mark Geldstrafe wegen verbotenen Waffensbesitzes verurteilt. Der Angeklagte Paul Schmelzer wird in Haft genommen, weil er wegen der Höhe der Strafe fluchtverdächtig erscheint.

In der Urteilsbegründung stellte das Gericht zunächst fest, daß der Hintergrund der Tat die tragische politische Zerrissenheit sei, die veranlaßt, daß politische Gegner nicht nur als Andersdenkende, sondern auch als verächtliche Menschen angesehen werden. Die Verantwortung für diese gegenseitige Verhetzung festzustellen, sei nicht Sache des Frankfurter Gerichts. Das Gericht stellt fest, daß die ersten Prügel der Arensdorfer Wehrwölfe am 2. Januar ausgeübt hat und daß er dafür auf der Stelle seine Gegenprügel bezogen habe. Es war vielleicht nicht nötig, fährt die Begründung fort, daß die jüngeren Reichsbannerleute weiter in das Werk vorgingen, aber sie wurden dazu gezwungen durch den Zuruf: „Vorwärts!“ Die ganze Angelegenheit bekam aber einen tragischen Charakter erst, als August Schmelzer zur Waffe griff. Es läßt sich nicht feststellen, ob er zuerst geschlagen wurde, oder zuerst geschlagen habe. Zu seiner Gunsten hat das Gericht angenommen, daß er zuerst geschlagen wurde und dadurch in Wut geriet. Er hat dann das Gewehr erhoben und die Schüsse abgegeben mit den bekannten traurigen Folgen. Das Gericht hat angenommen, daß in dieser Handlung Totschlag zu erblicken ist, weil Schmelzer sich die Folgen des Schusses wenigstens als möglich vorgestellt und trotzdem geschossen hat. Wer die Finte an die Wunde reißt und in einen Haufen Menschen hineinschießt, der muß sich darüber klar sein, daß da ein Unglück passieren kann. August Schmelzer hatte den bedingten Vorsatz zum Töten und ist deshalb des Totschlages schuldig. Was den alten Schmelzer anlangt, so hat das Gericht sich nicht entschließen können, auf die Anklage des 13jährigen Knaben allein die Verurteilung wegen Anstiftung auszusprechen. Es sind zwar Anzeichen dafür vorhanden, daß eine solche Anstiftung vorliegt, aber da sie nicht in voller Klarheit erwiesen werden, so könnte das Gericht ihn nicht wegen Anstiftung verurteilen. Auch der Begriff der Mittäterschaft läßt sich nicht in Frage stellen, weil der alte Schmelzer, da Paul Schmelzer seinem Sohn nicht nur durch Unterlassung, sondern auch positiv durch sein Tun Hilfe geleistet hat. Wäre der Vater nicht mit der Forke als Führer der Arensdorfer vorgegangen, dann wäre auch August Schmelzer wahrscheinlich nicht allein mit der Waffe auf die Reichsbannerleute losgegangen. Das Gericht hat August Schmelzer mildernde Umstände versagt, aber bei der Strafverurteilung auf seinen psychopathischen Zustand Rücksicht genommen und deshalb die geringste zulässige Strafe von 5 Jahren Zuchthaus festgesetzt. Auch bei dem Vater Schmelzer hat das Gericht mildernde Umstände versagt. Da die Mindeststrafe für Beihilfe in diesem Falle 1 1/2 Jahre Zuchthaus beträgt, ist das Gericht aber nur um wenige Monate über dieses Mindestmaß hinausgegangen mit Rücksicht darauf, daß Schmelzer durch seine Verurteilung auch wirtschaftlich ruiniert sein dürfte, besonders da er auch die gesamten Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

SPD Berlin, 19. Dezember. (Radio.)

Der Verteidiger des im Arensdorfer Prozeß zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilten Paul Schmelzer (Vater) beabsichtigt, gegen das Urteil Revision anzumelden.

## Der verbotene Wiking besteht weiter

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Berlin und Mitteldeutschland

### Ein neuer Fall Ehrhardt

SPD Berlin, 17. Dezember.

Am Sonnabendvormittag hat die politische Polizei in Berlin Hausdurchsuchungen im Bureau des Buchkapitäns Ehrhardt sowie in den Verlags- und Redaktionsräumen der ihm dienbaren neuen Zeitschrift „Der Wiking“ durchgeführt. Auch in den Privatwohnungen von vier Angestellten dieses Verlages wurde gehäusucht. Die Korrespondenz wurde beschlagnahmt und wird noch auf ihren Inhalt untersucht. Diese Hausdurchsuchungen waren die Fortsetzung einer Aktion, die in Magdeburg begonnen hat. Die Magdeburger Kriminalpolizei war durch Zufall dahintergekommen, daß eine Gruppe junger Leute im Sommer dieses Jahres als angebliche „Landbundesgruppe“ im Schloß des Fürsten Stolberg in Wernigerode einquartiert war; die sämtlich das Zeichen des Wikingbundes trugen. Sie stellten daraufhin Ermittlungen an und konnten feststellen, daß tatsächlich eine Gruppe des in Preußen verbotenen Wikingbundes unter Leitung eines Herrn von Wäninger in Magdeburg bestand. Dieser Wäninger führt ununterbrochen lebhaft Korrespondenzen mit dem Bureau des Kapitän Ehrhardt und empfing von dort Instruktionen. Unter den in Magdeburg beschlagnahmten Schriften fand man allerhand Material dafür, daß der in Preußen verbotene Wikingbund trotz des das Verbot bestätigenden Urteils des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik unter den verschiedensten Formen weitergeführt wird. Bei der Magdeburger Organisation sollen auch Waffen gefunden sein. Die Berliner Hausdurchsuchungen betrafen im allgemeinen die Ermittlungen der Magdeburger Polizei. Es wurde festgelegt, daß einer der Angestellten des Vornach-Verlages, der im Rathenau-Prozeß zu Gefängnis verurteilt Hans Gert Tesch ist, der nach seiner Entlassung in Berlin die Schilljugend gründete. Im Rahmen dieser Organisation sollen sich die Wikingleute zusammengefunden haben. Die beteiligten Personen sind zunächst in polizeilichen Gewächern genommen und werden weiter verhört.

SPD Berlin, 19. Dezember. (Radio.)

In Zusammenhang mit den am Sonntag erfolgten Hausdurchsuchungen bei ehemaligen Mitgliedern des Wikingbundes wurde am

Sonntagvormittag der aus dem Stahlhelm ausgetretene Kapitän Ehrhardt vernommen. Ehrhardt hatte sich der Polizei ohne besondere Aufforderung gestellt, sobald er von der polizeilichen Aktion vernommen hätte. Er bestritt jede Mittäterschaft an dem geheimen Fortbestehen des Wikingbundes und erklärte, seinen ganzen Einfluß dahin geltend gemacht zu haben, daß eine weitere Existenz des Wikingbundes verhindert werde. Als ihm vorgehalten wurde, daß die in Magdeburg und in andern Städten angestellten Ermittlungen den gegenteiligen Schluß zuließen, äußerte Ehrhardt, daß es sich dann um selbständige Handlungen ehemaliger Wikingmitglieder handle. Sein Berliner Bureau stehe keinesfalls mit dem Wikingbunde in Verbindung. Als Ehrhardt vernommen war, wurden die am Sonnabend in Haft genommenen Personen nochmals verhört und dann auf freien Fuß gesetzt.

Nur in Berlin haben auf Ersuchen des Magdeburger Polizeipräsidenten auch in Halle und Nordhausen Hausdurchsuchungen stattgefunden. Die Hausdurchsuchung in Nordhausen war nach den vorliegenden Meldungen erfolgreich, während man das von Halle nicht sagen kann, da

der Wikingbund inzwischen von dort nach Leipzig übergesiedelt war, wo er nicht verboten ist. Auch in Kiel und Flensburg fanden am Sonntag Hausdurchsuchungen statt.

Die in Magdeburg angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß der in Preußen verbotene Wikingbund dort weiter bestanden hat und als Organisator für ganz Mitteldeutschland der Bureauangestellte Harald Wäninger in Frage kommt. Wäninger, der bereits am Sonnabend verhaftet wurde, wird am Montag dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Unausgeklärt ist vorläufig noch, welche Beziehungen zwischen dem Wikingbund in Magdeburg und dem Stahlhelm bestanden haben. Die Möglichkeiten solcher Beziehungen bestehen, da Wäninger im Bureau des Stahlhelms Bundesvorstands beschäftigt war. Interessant ist übrigens, daß der Verhaftete auch mit dem Kapitänleutnant Kallinger in Dresden in enger Verbindung gestanden hat und ebenso Beziehungen nach München unterhielt, wo die Bundesleitung des Wikingbundes ihren Sitz hat.

## Weihnachten ohne Regierungskrise

Mit einer gewissen Geschmähigkeit stellte sich bisher zu Beginn der Weihnachtsferien des Reichstags immer eine Regierungskrise ein. 1924 wurde wenige Wochen vor den Feiertagen der Reichstag neu gewählt. Währenddessen fungierte das Kabinett Dr. Marx, das in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten Ebert den Reichstag aufgelöst hatte. Nach den Feiertagen wurde Dr. Luther mit dem Kanzleramt betraut, der aber im Dezember 1925, vor Beginn der Weihnachtsferien, die Klippen der Regierungskrise nicht zu umschiffen vermochte. Die Deutschnationalen hatten sich im Streit um den Locarnovertrag aus der Regierung zurückgezogen, nachdem im Sommer die Schließenschen Steuergehele, der neue Zolltarif und die Aufwertungsgehele durchgeführt worden waren. Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages wurde Dr. Luther erneut mit der Bildung der Regierung betraut. Er schuf jenes neutrale Kabinett der Mitte, das im Reichstage keine Mehrheit aus eigenen Kräften zustande bringen konnte.

Wenige Monate später stürzte Dr. Luther im Kampfe um die Flagenverordnung. Er bekleidete den Reichsaussenminister, der die eigentliche politische Verantwortung für diesen Erlaß zu tragen hatte. Dr. Luther verschwand, und an seine Stelle trat wiederum der nun schon traditionelle Kanzler Dr. Marx. Da dieses Kabinett, ebensowenig wie das zweite Luther-Kabinett, über eine eigene Mehrheit verfügte, war man bestrebt, eine Mehrheit auf Grund der „stillen Koalition“ herbeizuführen. Diese Absichten scheiterten an dem Willen der Deutschen Volkspartei. Herr Dr. Scholz hatte in Königsberg seine bekannten Reden gehalten, nach denen zum mindesten in der Arbeitszeitfrage die Verständigung mit der Sozialdemokratie möglich sei. Unmittelbar vor Beginn der Weihnachtsferien hielt Scheidemann seine Anti-Gesler-Rede. Danach folgte der bekannte Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der im Grunde die große Koalition erstrebte, zuletzt aber alle weiteren Verhandlungen unterband. So ging der Reichstag 1926 in die Weihnachtsferien, ohne daß eine verfassungsgemäße Regierung vorhanden war.

Währenddessen hatte der rechte Zentrumsflügel unter Führung Dr. Brauns die Initiative ergriffen. Man verhandelte über die Bildung eines Bürgerbunds. Am Ende kam der Appell des Reichspräsidenten Hindenburg zur Bildung einer Einheitsfront des gesamten Bürgertums, die Reichstagen Dr. Birrth und die deutsche Republik hatte ein neues Kabinett, dessen Fähigkeit nunmehr auch die traditionelle Krisenzeit der Weihnachtstage überwinden hat. Das ist zunächst einmal das wichtigste politische Ergebnis, das zu Beginn der Weihnachtsferien, die der Reichstag am Sonnabend begonnen hat, festzustellen ist.

Im wesentlichen sind es außer der Fertigstellung des Etats und der Strafgesetzmäßigkeiten drei große politische Aufgaben, die der Bürgerbund erfüllen wollte. Das Befolgungsgesetz, die Schulreform und die Fertigstellung des Liquidationsabkommens. Die demokratische Presse und auch andere Organe haben wochenlang über die Krise argumentiert, die sich angeblich im Bürgerbund zeigen sollten, aber trotz der Gegenfähigkeit im Lager des Bürgerbunds wurde die Befolgungsreform zum Abschluß gebracht, und niemand wird die Behauptung wagen, daß diese Koalition heute wesentlich erschüttert ist. Auch die Amazonenkämpfe, die in den Abendstunden der Reichstagsitzung am Mittwoch ausgefochten wurden, haben daran nichts zu ändern vermocht. Der Streit zwischen den weiblichen Abgeordneten der Koalitionsparteien war nur ein Zwischenpiel, das faktische Auswirkungen nicht zur Folge hatte. Der Kampf aber, der sich zwischen dem Zentrum und den beiden Koalitionsparteien entzündet hatte, zeigt zweifellos die sozialen Spannungen, die im Bürgerbundlager vorhanden sind. Vorläufig freilich sind sie bei weitem nicht stark genug, um diese Koalition auseinanderzuprennen.

Gegen ihren eigenen Willen haben sich Deutschnationale und Volkspartei dazu entschließen müssen, die vom Reichsfinanzminister für diese Zwecke ausgeworfenen 25 Millionen Mark nicht nur den Kapitalrentnern zukommen zu lassen — wie man jetzt die enteigneten Opfer der Inflation bezeichnet —, sondern mit den Sozialrentnern zu teilen. Gewiß sind es geradezu lächerliche Beträge, die da zur Verteilung in Frage kommen, aber es war ein bemerkenswertes faktisches Manöver, um die Opfer der deutschnationalen Aufwertungsgehele wenig zu beruhigen, wenn Frau Dr. Marx und die reaktionärste Abgeordnete des Reichstages, die Deutschnationale Frau Müller-Stiefried, den Sozialrentnern jede Weihnachtsbeihilfe zu verjagen trachteten.

Am Ende sah aber das Zentrum ein, daß man unmöglich den Beamten zum Teil außerordentliche Gehaltszuschläge gewähren konnte, daß man die Bezüge der Kriegsbeschädigten erhöhte, ohne den Opfern der Arbeit wenigstens eine kleine Gabe zuzuwenden. In letzter Stunde freilich versuchte das Reichskabinett auch bei den Kriegsbeschädigten noch Abschnitte durchzuführen, was einen kleinen Anfall des Reichsarbeitsministers Brauns zur Folge hatte, der mit 17 Stimmen gegenüber 384 in der Minderheit blieb. Schade, daß kein

# Vernunft wird Unsinn...

## Ungültigkeit der Wahlen 1927 in Mecklenburg, Hessen und Hamburg?

### Auch die Sachsenwahl 1926 ungültig?

Am Sonnabend hatte der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine wichtige Entscheidung zu treffen. Die Aufwertungs- und Volkswirtschaftspartei, Landesverband Mecklenburg-Strelitz, klagte gegen den Freistaat Mecklenburg-Strelitz, die Volkswirtschaftspartei, Landesverband Hamburg, klagte gegen das Land Hamburg, die Reichspartei des deutschen Mittelstandes, Landesverband Hessen, und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Gau Hessen, klagten gegen die Republik Hessen; alle Splittlerparteien klagten wegen Festsetzung hinsichtlich der in den betreffenden Ländern beschlossenen Wahlbeschränkungen.

Die angeblichen Wahlbeschränkungen bestanden bekanntlich lediglich in dem Bestreben, ehrgeizigen politischen Gläubigern die Verwertung des amtlichen Wahlapparats durch Anstellung irgend einer Splittlerliste etwas zu erschweren.

So hatte das Land Mecklenburg-Strelitz auf Grund des Paragraphen 85 Absatz 1 seines Landesgrundgesetzes am 5. Mai 1927 eine Verordnungsmaßnahme mit Zustimmung aller Parteien — außer den Kommunisten — erlassen, die bestimmte, daß nur solche neuen Parteien zur Wahl zugelassen werden, die 1200 Unterschriften und 3000 Mark hinterlegen; die 2000 Mark verfallen dem Staat, wenn nicht wenigstens ein Mandat auf die neue Liste entfällt. Hamburg hatte sein Bürgerrechtswahlgesetz von 1920/24 am 27. Juli 1927 abgeändert.

Hamburg forderte für neue Parteien, im Stadtwahlkreis lediglich 3000 Unterschriften, im Landwahlkreis 1000 Unterschriften; für sämtliche Parteien bestand außerdem die Verpflichtung zur Hinterlegung von je 3000 Mark in jedem Wahlkreis, die dem Staat verfielen, wenn nicht mindestens ein Mandat erlangt wurde.

In Hessen war das Landesgesetz am 27. September 1927 abgeändert worden. Hier forderte man für neue Parteilisten 7000 Unterschriften und die Hinterlegung von 5000 Mark unter den gleichen Bedingungen wie in den vorhergehenden Fällen.

Die klagenden Splittlerparteien bezweifelten alle diese Bestimmungen als verfassungswidrig. Ihre Vertreter legten in Stundenlangen Ausführungen dar, daß diese Wahlbeschränkungen gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht verstoßen. Gegen die Gleichheit insofern, als die neuen den alten Parteien nicht völlig gleichgestellt seien; gegen die Allgemeinheit des Wahlrechts, als nicht jede neue Partei gleich 3000 Wähler, die sich öffentlich zu der Neuanordnung bekennen, unter schriftlich herbeiziehen könne; gegen das Wahlgeheimnis, da für bis zu 7000 Personen das Wahlrecht durchbrochen würde; gegen die Direktheit, da die Bestimmungen dem Willen der Wähler Erschwerungen entgegenstellen. Die Kläger beantragten Ungültigkeitserklärung der neuen Wahlbestimmungen, Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse der neuen Landtage und Ungültigkeitserklärung der nach diesen Verordnungen vorgenommenen Wahlen!

Die Landesvertreter zogen zunächst die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes in dieser Angelegenheit überhaupt in Zweifel. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich sei nur für Verfassungsstreitigkeiten, die sich aus der Landesgesetzgebung ergeben, zuständig. Wenn in diesem Falle aber die Reichsverfassung als angelehnt verlegt herangezogen werde, dann wäre das Reichsgericht allein zuständig. Weiter könne man bezweifeln, ob die hier kritisierten wahlrechtlichen Bestimmungen einen Verfassungsstreit darstellen. Dann müsse man fragen, ob die klagenden Parteien als Kläger von dem Staatsgerichtshof überhaupt legitimiert sind. Schließlich sei durch die Reichsverfassung das Geheimnis der Ausübung der Wahl geschützt, nicht aber die Vorbereitung zu Wahlen, die ausdrücklich der Landeswahlgesetzgebung überlassen ist. Der Staatsgerichtshof müsse bei seiner Entscheidung auch die unabsehbaren Folgen in Betracht ziehen, die die Ungültigkeitserklärung der Wahlen nach sich ziehen müßten!

### Das Ergebnis der Werbeweche

#### Nach den Meldungen bis 14. Dezember 1927

Wie vom Parteivorstand mitgeteilt wird, hatte die im November veranstaltete Werbeweche für die Parteioffensive und die Parteipresse das folgende Ergebnis:

	Neuaufnahmen			Abonnenten
	Männer	Frauen	Insgesamt	
1. Ostpreußen	975	129	1104	1019
2. Berlin	3709	1865	5574	2408
3. Brandenburg	2503	727	3230	3097
4. Wommern	1241	242	1582	1810
5. Breslau	1387	399	1786	1828
6. Götting	1908	397	2305	970
7. Magdeburg	3724	1472	5196	6545
8. Halle	1072	225	1297	2301
9. Thüringen	2688	632	3320	7353
10. Schleswig-Holstein	1919	613	2532	1405
11. Oldenburg	370	50	420	3432
12. Hannover	2128	648	2676	2156
13. Braunschweig	ausgefallen			915
14. Ostfriesland	1274	218	1490	2316
15. Westfalen	2671	1020	3690	3887
16. Westfalen	2605	227	2832	2709
17. Hesse-Kassel	941	82	1023	2853
18. Oberhessen	975	177	1152	2029
19. Niederrhein	1898	981	2879	2196
20. Ostpreußen	1252	488	1740	882
21. Ostpreußen	1019	84	1103	406
22. Franken	4070	369	4439	3894
23. Württemberg	888	110	998	519
24. Dresden	1513	655	2168	2380
25. Leipzig	812	206	1018	1500
26. Chemnitz	901	311	1212	1413
27. Jütland	380	190	570	415
28. Württemberg	1357	283	1640	3690
29. Baden	922	140	1062	1728
30. Hesse-Nassau	536	110	646	1888
31. Hamburg	2416	721	3137	1672
32. Mecklenburg	775	319	1094	1114
<b>Gesamt</b>	<b>51083</b>	<b>13086</b>	<b>64069</b>	<b>74661</b>

Im Vergleich zu dem Ergebnis der Werbeweche 1926 ist die Mitgliederzahl um rund 12 000, die der Leser schon jetzt um 5000 höher.

### Der Parteiausflug der Sozialdemokratischen Partei besahe sich am Freitag eingehend mit den Vorbereitungen zu den bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen.

Wichtig waren agitatorische und organisatorische Fragen Gegenstand der Beratungen. Der Parteiausflug nahm gleichzeitig mit Befriedigung von dem Ergebnis der Werbeweche Kenntnis.

Mit den letzten Erwägungen beschwerte sich der hohe Staatsgerichtshof anscheinend nicht.

Der Staatsgerichtshof entschied, daß die Abänderungen der Landeswahlgesetze in Mecklenburg-Strelitz, Hamburg und Hessen gegen die Reichsverfassung verstoßen. Der Hilsantrag der hessischen Kläger auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen wird zurückgewiesen, da hierüber der hessische Staatsgerichtshof zu entscheiden hat!

In der Begründung führte Oega, der Vorsitzende des Reichsgerichtshofes, aus, daß der Staatsgerichtshof gegen seine Zuständigkeit keinerlei Bedenken gehabt habe. Ebenso könnten die Kläger ohne weiteres vor dem Staatsgerichtshof als Partei auftreten. Durch die Wahlgesetzabänderungen wäre die Gleichheit der Wahl verletzt, da jeder Wahlvorschlag unter gleichen Bedingungen zustande kommen müsse; ein Unterschied, ob eine Gruppe bereits im Parlament vertreten war, dürfe gesetzlich nicht gemacht werden. Die Allgemeinheit des Wahlrechts wäre verletzt, da für die Wahl keine schwer oder gar nicht erfüllbaren Vorbedingungen gestellt werden dürften. Vor allem sei die Hinterlegung einer Geldsumme, durch die das Wahlrecht direkt beschränkt werde, völlig unzulässig. Die Zahl der unter einem Wahlvorschlag geforderten Unterschriften dürfe die bei der Reichstagswahl geforderten keinesfalls überschreiten, da diese Bestimmungen ja nur den Zweck hätten, einen eingetragenen Wahlvorschlag als ersichtlich zu erkennen. Die große Zahl der geforderten Unterschriften verletze das Wahlgeheimnis. Das Gericht habe keine Veranlassung gehabt, die nach den verfassungswidrigen Bestimmungen erfolgten Wahlen für ungültig zu erklären. Diese und eventuell noch andre Folgerungen zu ziehen, sei anderen Stellen überlassen.

Ueber den politischen Unfug, der durch die bei allen Wahlen neu auftauchenden Splittlerparteien und Parteigruppen angerichtet wird, gibt es in den Kreisen ernsthafter Wähler kaum eine Meinungsverschiedenheit. Vollständig bestraft sind diese Zwergparteien, die oft nur von ehrgeizigen Personen ins Leben gerufen werden, zweifellos ein Krebsgeschwür. Trotzdem ist die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß durch die erscheinenden Bestimmungen, wie sie in den unstrittigen Wahlgesetzen enthalten sind, eine gewisse Beschränkung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts erfolgt. Soweit derartige Beschränkungen aus den eingangs erwähnten Gründen tatsächlich notwendig erscheinen, sollten sie aber in der Reichsverfassung selbst festgelegt werden. Im übrigen glauben wir nach Lage der Dinge nicht, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Ungültigkeitserklärung der Wahlen in den einzelnen Ländern zur Folge haben wird. Die besonders interessierten hessischen Parteien werden dort Mittel und Wege finden, um zwei so rasch aufeinander folgende Wahlen zu verhindern.

Wenn von einigen Seiten aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofes gefolgert wird, daß nun auch die Wahlen in Sachsen im vergangenen Jahre für ungeschicklich erklärt werden müßten, so erscheint uns eine solche Schlussfolgerung kaum berechtigt. Denn einmal entspricht die im sächsischen Wahlgesetz geforderte Mindestzahl von 800 Unterschriften den entsprechenden Bestimmungen für die Reichstagswahlen und andererseits hat der Wahlausschuß, der die Prüfung der Landtagswahlen vorzunehmen hat, diese bereits für gültig erklärt. Bemühungen in dieser Richtung dürften also, soweit Sachsen in Frage kommt, kaum Aussicht auf irgendeinen positiven Erfolg haben. Welche Auswirkungen sich für die andern in Betracht kommenden Länder ergeben werden, läßt sich heute allerdings noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen. Jedemfalls werden die klagenden Parteien alle Hebel in Bewegung setzen, um den vor dem Staatsgerichtshof erfochtenen Sieg voll auszunutzen. Sie werden aber dabei vor allem damit rechnen müssen, daß ihnen die andern hessischen Parteien, die in erster Linie unter der Tätigkeit der Splittlerparteien zu leiden haben, in keiner Weise Hilfsdienste leisten werden.

Photograph zur Stelle war, um die Mienen des Reichsarbeitsministers festzuhalten, als er sich infolge eines Verrats der Deutschnationalen von allen Regierungsparteien verlassen fand. Von den 17 Abgeordneten, die für Brauns votierten, stellte das Zentrum allein 13 Mann. Unter diesen einige der Linken, unter Führung von Zoos. Dieser Umfall des Reichsarbeitsministers hat keine politischen Wirkungen zur Folge gehabt. Der Bürgerblock steht fester denn ehedem. Er hat sein erstes Wahlmandat durchgeführt. Ob es freilich mit der Beförderungreform gelungen ist, die Beamten restlos an die Fäden des Bürgerblocks zu fesseln, ist höchst zweifelhaft.

Die nächste Aufgabe, und damit die nächste Belastungsprobe des Bürgerblocks, besteht in der Fertigstellung des Reichsschulgesetzes. Im Bildungsausschuß bestehen Differenzen in der Haltung der Volkspartei gegenüber dem Zentrum und den Deutschnationalen. Wir haben oft darauf hingewiesen, daß die Volkspartei trotz des kulturliberalen Geredes die Verantwortung für das Scheitern des Schulgesetzes nicht übernehmen wird. Demzufolge wird über das Schulgesetz der Bürgerblock nicht auseinander fallen, und auch das Liquidationsgeschäft wird nach langem Festsitzen Gelingen erlangen. Darüber ist sich auch die Zentrumslinke völlig klar. Charakteristisch ist eine Aeußerung des Abgeordneten Zoos, der am Sonntag in einer Frankfurter Wahlversammlung erklärte, daß das Schulgesetz die Koalition nicht zum Scheitern bringen werde, daß aber in der Abfindung der Standesherrn eine Einigung nicht zu ersehen sei. Daran werde der Bürgerblock scheitern, worin wir vorläufig noch unsere Zweifel sehen. Der Bürgerblock bleibt unerschütterlich, solange das Schulgesetz nicht Gelingen erlangt. Dann freilich ist das Zentrum am Bürgerblock nur noch bedingt interessiert, ohne daß damit gesagt sein soll, der Bürgerblock würde damit definitiv erledigt sein.

Sobald das Zentrum seinen Kaufpreis für den Bürgerblock in der Tasche hat, wird es seine Wahlfronten neuformieren. Das wird notwendigerweise eine Lockerung im Bürgerblock zur Folge haben. Schon um den Gegensatz zum preussischen Zentrum zu verkleinern. Zulezt aber entscheidet nicht die Vorliebe für die Weimarer Koalition. Die endgültige Entscheidung über den Fortbestand des Bürgerblocks fällt im Kampfe der beiden Zentrumslinien gegeneinander. Der rechte Teil der Zentrumspartei tendiert auch weiterhin zur Volkspartei und zu den Deutschnationalen, während der linke einem Bündnis mit den Weimarer Parteien geneigter ist. Der Wirtschaftler aber verliert fortwährend an Kraft und an Geschlossenheit, so daß die Entscheidung über den Bürgerblock in den Händen der Leute um Brauns liegen wird. Denn diese befinden zur Zeit über die tatsächliche Haltung der Zentrumspartei.

### Ausschluß der russischen Opposition

#### Die Bildung einer zweiten Partei?

WTB Moskau, 18. Dezember.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Sowjetlands nahm heute nach einem heftigen, das Verhältniß im Namen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Opposition erörtert hatte, einstimmig und ohne Stimmhaltungen eine Resolution an, durch die 75 aktive Mitglieder der trotzkistischen Opposition, darunter Kameneff, Kowoloff, Smilga, Semenov (ehemaliger Volkskommissar für das Post- und Telegraphenwesen), Kibel, Wjatotski, Kischewski, Muratoff, Jendolimoff, Wataloff, Sawaroff und andere, sowie die gesamte sogenannte Gruppe Capronoff, die aus 23 Personen besteht, als offen antirevolutionäre aus der Partei ausgeschlossen werden. Die Resolution billigt weiterhin die Maßnahmen des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission hinsichtlich der Opposition, darunter den Ausschluß Trozki und Sinowjew, und beauftragt das Zentralkomitee und die Zentralkontrollkommission, sämtliche Maßnahmen zu ideologischer Einwirkung auf die Mitglieder der trotzkistischen Opposition zu treffen, um sie zu überzeugen und gleichzeitig die Partei von allen ausgesprochenen unbesserlichen Elementen der trotzkistischen Opposition zu säubern.

WTB Moskau, 18. Dezember.

Die vom Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angenommene Resolution stellt fest, daß in dem von 121 aktiven Oppositionellen unterschriebenen und dem Parteitag eingereichten Schriftstück vom 8. Dezember „die Opposition auf die Propaganda ihrer menschenwürdigen Ansichten nicht nur nicht verzichtet, sondern weiter darauf besteht“. Nachdem der Parteitag beschlossen hatte, die Opposition solle ihre Ansichten rückhaltlos widerrufen, wurden dem Ausschuss für Angelegenheiten der Opposition zwei Oppositionserklärungen vom 10. Dezember zugestellt. Beide bestehen auf der Notwendigkeit der Beibehaltung ihrer eigenen Ansichten. Die von Kowoloff und Kibel unterschriebene Erklärung besteht daneben noch auf der Notwendigkeit ihrer Propaganda. Der Parteitag erklärt beide Oppositionserklärungen für völlig unbefriedigend.

Wie schon aus der zweiten Meldung zu ersehen ist, hat die russische Opposition in den Verhandlungen mit den Stalinisten keine einheitliche Stellung eingenommen. Trotz und Sinowjew haben die Verhandlungen anscheinend getrennt geführt und neben diesen sind noch einige Untergruppen einhergegangen. Jedenfalls kommt der Beschluß des Moskauer Parteitages auch den Anhängern der deutschen Opposition einigermaßen überraschend, da noch am Sonnabend allgemein die Auffassung vertreten wurde, daß wenigstens die Sinowjewgruppe pater peccavi sagen werde.

Sobald die obigen Meldungen den Tatsachen entsprechen, hätte Stalin den Schritt gegenüber der Gesamtopposition rückhaltlos durchgeführt, obwohl auf dem Parteitage eine starke Strömung vorhanden war, diesen Gruppen nochmals goldene Brücken zu bauen. Damit erhebt aber auch für die Opposition die Frage: Was nun? In irgendeiner Form wird sie auf den Beschluß des Parteitages reagieren müssen. Das aber muß wiederum Maßregeln des Stalinkomitees zur Folge haben, dessen Arbeit freilich erleichtert wird, da die Opposition nach keiner Richtung hin einheitliche Grundzüge vertritt.

Zulezt wird der Beschluß des Parteitages für die kommunistischen Parteien außerhalb Russlands von größter Bedeutung sein. Die verschiedenen Gruppen der kommunistischen Linken werden nunmehr in der Lage sein, offen Farbe zu bekennen und die organisatorischen Schlussfolgerungen zu ziehen. In Deutschland gewinnt im Zusammenhang mit den Moskauer Beschlüssen die Aktion, die sich um den Sußer Volkswillen gruppiert, steigende Bedeutung.

### Das litauische Konkordat

Das Konkordat zwischen der römischen Kurie und dem litauischen Staat ist nach der in Rom erfolgten Unterzeichnung nunmehr in Kraft getreten. Es besteht aus 28 Artikeln, von denen der Artikel 21 für die nationalen Minderheiten in Litauen von besonderer Bedeutung ist. Er schreibt den Bischöfen vor, darüber zu wachen, daß alle Katholiken kirchlichen Volkstand in ihrer Mutterkirche erhalten.

### Ein Manifest des Jungdeutschen Ordens

#### Die „Herrschaft von Rasse und Geld“

WTB Berlin, 18. Dezember.

Heute mittag fand hier das Reichsordenskapitel des Jungdeutschen Ordens in Anwesenheit von zahlreichen jungdeutschen Führern aus allen Teilen des Reiches statt. Der Hochmeister des Ordens, Arthur Raubach, gab das jungdeutsche Manifest bekannt, in dem es heißt: „Die heutige Herrschaft von Rasse und Geld im Staate ist die natürliche Folge der Überlieferung nach Parteien. Die wahren Herren im Parteinwesen seien die Politiker der Geld- und Machtmittel geworden, die zur Durchführung der Politik notwendig seien. Die Rückkehr zu einer kraftvollen Volksgemeinschaft, wie sie der Jungdeutsche Orden erstrebe, bedinge eine Veränderung der Struktur des Staates. Notwendig sei eine organische Überlieferung des Volkes auf der Grundlage der Nachbarschaft.“

Das Manifest fordert gemeinde- oder stadtbezirksweise Zusammenfassung der Staatsbürger zu politischen Einheiten, Zusammenfassung dieser Grundzellen zu einer größeren Gemeinschaft für den Kreis oder die Stadt. Zusammenfassung dieser Bezirke zur größeren politischen Einheit unter Berücksichtigung der Stammesgenossen. Im allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlsystem soll die örtliche Nachbarschaft den Besten unter gleichen zum Führer der politischen Gemeinschaft wählen. Die Führer der Nachbarschaften, dann den Führer des Bezirks, diese wiederum den nächsthöheren Führer und schließlich den Stammesführer, den Reichsführer. Der Reichsführer werde in der Klausur der Stammesführer auf Lebenszeit gewählt. Die entscheidende Instanz im Staate sei das aus den Stammesführern gebildete Reichskapitel. Den im Volke wirkenden wirtschaftlichen und kulturellen Gegenständen soll durch die Einrichtung von Kamern Rechnung getragen werden, die als Fachkammern im Zusammenwirken mit dem Staate Sonderfragen zu lösen hätten. Der Jungdeutsche Orden arbeite im Einvernehmen mit allen politischen Kräften, die sich der Volksbewegung anschließen auf die Volksabstimmung hin. Komme es nicht dazu, daß Parteien oder Parteigruppen, oder gar Regierungen die Reform des Staates auf parlamentarischem Wege mit unterstützen, dann sei die Wahlhaltung das schärfste Kampfmittel.

### Koalitionsverhandlungen in Hessen

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion des hessischen Landtages hat in den letzten Tagen mit dem Zentrum und den Demokraten wegen der Neubildung der Regierung Führung genommen. Diese Fühlungnahme ist nun auch auf die Deutsche Volkspartei ausgedehnt worden, und zwar auf deren ausdrücklichen Wunsch.

Die Sozialdemokratie fordert neben dem Staatspräsidenten und dem Kultusminister das Innenministerium. Sie ist für den Fall, daß ihre Forderungen erfüllt werden, bereit, auf das Arbeits- und Wirtschaftsministerium zu verzichten. Den von dem Zentrum erhobenen Forderungen über die Konzeptionsstelle stellt die sozialdemokratische Fraktion äußersten Widerstand entgegen.

## Sug nach links in der Schweiz

Es von ausschlaggebender politischer Bedeutung sind lokale Schweizer Wahlen gewiss nicht. Aber im Gesamtbild der neuerlichen Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung vermögen sie vielleicht doch auch bei den ausländischen Genossen einiges Interesse zu erwecken.

Am ersten Novembersonntag hatte der Kanton Gené seinen Großen Rat, d. h. die einzelstaatliche gesetzgebende Behörde, neu zu bestellen und zwei Wochen später die kantonale Regierung. 1923 waren die Sozialisten, wohl unter dem Einfluß der französischen Partei, die damals den Linkslöcher propagierte, mit den Radikalen ein Wahlbündnis eingegangen. Doch dauerte die Freundschaft nicht lange, und als namentlich in der Frage der Steuererhebung die Radikalen mit den übrigen Parteien der bestehenden Klasse zusammenmarschiert waren, kam es zwischen Radikalen und Sozialisten zum offenen Bruch. In einem Teil unserer Parteikreise äußerte man Bedenken, ob die Genéer Genossen allein stark genug wären. Aber unter der klaren Führung des Parteiredakteurs Nicole, der immer Gegner des Blochs gewesen war, entwickelte sich die Genéer Partei zusehends, so daß sie im vergangenen November wohl wagen durfte, den Kampf allein aufzunehmen, obwohl ein Teil der Radikalen auch jetzt noch bereit gewesen wäre, ein neues Bündnis einzugehen. Und allen Bestimmen zum Trotz gewannen die Genéer Genossen im Großen Rat drei Mandate, so daß sie nun zur stärksten Partei des Kantons geworden ist. Bezeichnenderweise stand Nicole, der schärfste Gegner der Bürgerlichen, an der Spitze aller sozialistischen Gewählten. Allerdings verlor die Partei kurz darauf den einen der beiden Sitze in der Regierung, die sie dank dem erwähnten Wahlartikel innegehabt hatte, an die bürgerliche Koalition. Gleichzeitig aber steigerte sie innerhalb von vierzehn Tagen ihre Wahlszahl von 7000 auf 9000, wogegen die Kommunisten ganze 280 Stimmen aufbrachten. Ein Beweis, daß die Genéer sozialistische Partei das Vertrauen der Arbeiterklasse der „Stadt des Völkerbundes“ besitzt. Und dies, obgleich es im Juli anscheinlich einer Demonstration für Sacco und Vanzetti zu einem Straßenaufmarsch gekommen war, wobei unorganisierte, unverantwortliche Elemente die Fensterhebeln des Völkerbundessekretariats eingeschlagen hatten. Doch das Bürgerium diese Vorfälle zu einer schamlosen Heße auswählte, war selbstverständlich.

Gleich erstreblich ist der Ausgang der Gemeindevahlen, die soeben im Kanton Bern stattgefunden haben. In Bern selbst errang unsere Partei am 11. Dezember zwei neue Sitze im Stadtrat, so daß Sozialisten und vereinigte Bürgerliche nun einander die Waage halten. Im Gemeinderat, dem ausführenden Organ, haben die Bürgerlichen, die eine Heftigkeit aufgestellt hatten, die Mehrheit allerdings noch behalten. Während jedoch 1923 der Stimmenunterschied zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten rund 2000 betrug, macht er heute nur noch knapp 600 aus. Wir sind daher zu der Hoffnung berechtigt, daß wir bei den nächsten Wahlen, in zwei Jahren, die 2000 verlorene Mehrheit in der Stadtverwaltung wieder erlangen werden, wodurch die Landeshauptstadt zum Verger aller Reaktionskräfte wieder rot würde.

Aber nicht nur in Bern selbst, wo ein großer Teil des Staatspersonals sozialistisch stimmt, um gegen die schäbige Haltung der Bundesbehörden in der Besetzungfrage zu protestieren, hat unsere Partei einen Zuwachs erhalten. Das gleiche ist der Fall in vielen ländlichen Dörfern und in kleinen Industriestädten und in den beiden Fremdenorten Thun und Interlaken. Selbst einzelne kleinbürgerliche Wähler scheinen sich von den bürgerlichen Parteien lösen zu wollen. Dabei betont die Berner Tagwacht deutlich den klassenkämpferischen Standpunkt, so daß nicht behauptet werden könnte, der Stimmenzuwachs sei auf eine Vermischung der Trennungslinien zurückzuführen.

Das Charakteristische der Genéer wie der Berner Wahlen ist überhaupt die Schärfe der Klassencheidung. Nur durch Wahlbündnisse können die Bürgerlichen ihren Besitzstand wahren. Diese Wahlbündnisse sind so weit gegangen, daß beispielsweise in Bern die beiden maßgebenden bürgerlichen Parteien, die Freisinnigen und die „Bürger-Partei“ — letztere besteht aus Gemäßigten und Konservativen — Platane und Flugblätter gemeinsam herausgaben. Dadurch wird aber auch für den Arbeiterwerbenden, der sich politisch noch nicht entscheiden konnte, die politische und wirtschaftliche Trennungslinie deutlicher. Die sozialistische Sozialdemokratische Partei ist glücklicherweise wieder in einem zwar langsamen, aber stetigen Aufstiege begriffen; das zeigt sich nicht nur in den Wahlergebnissen, sondern ebenfalls in der Vermehrung der Zahl der einzelnen gewählten Parteimitglieder. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß diese Entwicklung gerade auch in der französischen Schweiz, die infolge ihres romantischen Charakters schwerer zu organisieren ist, eintritt. Wie weit die Erhaltung gegangen ist, werden die im nächsten Herbst stattfindenden Wahlen zum schweizerischen Nationalrat zeigen müssen.

## Der Reichsrat über den Reichsetat

### Preußen gegen Ostsee-Danziger Kreuzer

WTB Berlin, 17. Dezember.

Der Reichsrat hielt heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köppler eine Sitzung ab, in der zunächst das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Wehrnachschüsse für Sozial- und Kleinrentner, die Novelle zum Reichsverordnungs-gesetz, das Kraftfahrzeugsteuergesetz, und die deutsch-dänischen Zollvereinbarungen beschäftigt wurden.

Genehmigt wurde auch eine Verordnung des Arbeitsministers, wonach auch im Jahre 1924 100 000 ausländische Landarbeiter, im Notfall noch 10 000 mehr, zugelassen werden.

Der Reichsrat trat dann in die Beratung des Etats für 1924 ein. Nach den Ausführungen des Hauptberichterstatters zum neuen Reichsetat Ministerialdirektors Dr. Brecht beantragte Staatssekretär Dr. Weis mann im Namen der preussischen Staatsregierung mit Rücksicht auf die gespannte und undurchsichtige Finanzlage des Reiches im Etat des Reichsfinanzministeriums die Hausbaukosten für Finanzämter im Betrage von 1 587 500 Mark, im Hausbau des Reichswehrministeriums den Ansatz für den Neubau eines Panzerzuges von 9 300 000 Mark und weiter im Reichswehrministerium einige Etatsansätze von zusammen 6 221 500 Mark zu streichen.

Der erste preussische Antrag, der die Finanzbauten betrifft, wurde mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen.

In namentlicher Abstimmung wurden sodann, nachdem Reichswehrminister Dr. Köppler gegen die Streichung der angeforderten Etatsposten gesprochen hatte, die Ansätze für den Panzerzug und für das Reichswehrministerium mit 39 gegen 32 Stimmen gestrichen und der preussische Antrag angenommen.

Reichsfinanzminister Dr. Köppler erklärte, die Reichsregierung werde nunmehr dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen. Der Etat wurde dann vom Reichsrat verabschiedet.

## Nordost-Konferenz

SPD Berlin, 19. Dezember (Radio).

Am Sonntag tagte im Sitzungssaal des Parteivorstandes der SPD in Berlin eine Konferenz der sozialistischen Parteien Nordosteuropas. Die Konferenz war äußerst zahlreich besetzt. Vom Parteivorstand der SPD nahmen an den Verhandlungen teil Otto Weis, Hilferding, Breitscheid und Crispian. Die Konferenz befaßte sich mit den inneren Problemen der Beziehungen der einzelnen Parteien zueinander und nahm insbesondere ausführliche Berichte über die Entwicklung der Ereignisse in Litauen entgegen. Es fand eine ausführliche Debatte statt, an der sich die meisten Teilnehmer der Konferenz beteiligten.

# Wer belastet die Wirtschaft?

Als im vorigen Jahr die großen rheinisch-westfälischen Montankongresse sich zusammenschlossen, brachten sie ihre Betriebe vollständig oder fast vollständig in eine neugegründete gemeinsame Firma, die Vereinigten Stahlwerke A. G. ein. Trotzdem sind die einzelnen Gesellschaften, die den Zusammenschluß vollzogen haben, nicht verschwunden, sondern haben ihre selbständige Existenz neben der Trustgesellschaft behalten. Diese Gesellschaften der Einzelbetriebe produzieren nicht selbständig. Ihr Dasein gründet sich im wesentlichen nur darauf, daß sie Aktien besitzen und Dividenden beziehen. Sie sind also weder mit der Herstellung noch mit dem Verkauf von Waren beschäftigt; sie werfen aber Gewinn ab, der dann natürlich nur ein Anteil am Profit des Stahltrusts und der anderen Produktionsunternehmungen sein kann, an denen sie außerdem beteiligt sind. Zu diesen Gesellschaften gehört u. a. die Charlottenhütte A. G. in Niederselbden (Siegerland). Sie hat im Juni v. J. ihren Grubenbesitz und ihre sämtlichen Anlagen an die Vereinigten Stahlwerke A. G. verkauft. In ihrer Bilanz sind unter den Vermögenswerten, abgesehen von den Grundstücken, nur Beteiligungen und Forderungen zu finden. Bei einem Aktienkapital von 9,8 Millionen Mark beträgt der Bilanzwert der Beteiligungen und Wertpapiere 22,5 Millionen Mark. Die Charlottenhütte konnte im abgelaufenen Geschäftsjahre ihren Reingewinn von 1 119 752 auf 1 571 133 Mark erhöhen und anstatt 8 Prozent wie im Vorjahr 12 Prozent Dividende verteilen.

Die Charlottenhütte hat keine andere Einnahmequelle als die Rente aus den Beteiligungen an anderen Unternehmungen, im Besonderen aus ihrer Beteiligung an den Vereinigten Stahlwerken. Die Gewinnsteigerung läßt also einen Rückschluß zu auf die Beschaffung der rheinisch-westfälischen Eisenmagnaten, Arbeitszeiterkürzung und entsprechende Lohnerhöhung seien für sie untragbar.

Die Aktien der Charlottenhütte A. G. werden nicht an der Börse gehandelt, weil die Gesamtheit der Aktien sich in einer Hand befindet, nämlich in der des Generaldirektors F. H. Ueber ihn bzw. die Charlottenhütte als Bindglied ist der Stahltrust an der oberste Eisenindustrie und an den mitteldeutschen Stahlwerken maßgebend beteiligt.

Da die Charlottenhütte selbst keine Betriebsanlagen besitzt, sollte man meinen, daß sie auch keinen Bedarf an Betriebsmitteln hat. Wir erfahren jedoch, daß der Aufsichtsrat der Charlottenhütte beschloß, das Aktienkapital um mehr als das Doppelte, nämlich um 10 Millionen Mark zu erhöhen. Die Gesellschaft hat allerdings nicht die Absicht und hat es auch nicht nötig, sich auf dem Wege der Neuausgabe von Aktien Mittel zu verschaffen. Es ist vielmehr geplant, wie das Berliner Tageblatt mitteilt, mit diesen Aktien auf dem Tauschweg bei sich findender Gelegenheit Aktien anderer Unternehmungen zur Erweiterung des Interessentenkreises der Gesellschaft zu erwerben. Die Vereinigten Stahlwerke halten es, angesichts des großen Arbeitszeiterkürzung und Lohnkonfliktes, nicht für ratsam, gerade in diesem Zeitpunkt auf direktem Wege Mittel für Neuerwerbungen zu verschaffen, denn es wäre schwer verständlich, wie sich das mit der Beschaffung von Krediten vertragen sollte, daß schon die jetzt von ihm beherrschten Betriebe unrentabel sind. Offenbar rechnet man damit, es würde der Öffentlichkeit weniger auffallen, wenn die Charlottenhütte, als wenn der Stahltrust selbst sich gerade in diesem Augenblick damit beschäftigt, sein Machtbereich weiter auszudehnen und sein Inlandsmonopol fester zu verankern.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Charlottenhütte haben sicherlich keine aufwendige Arbeit zu bewältigen. Das Kuponschneiden ist zweifellos eine übermäßig anstrengende Tätigkeit. Trotzdem die Charlottenhütte, wie gesagt, keine Betriebsanlagen hat, hat sie nicht weniger als 5 Direktoren und 22 Aufsichtsratsmitglieder. Diese Aufsichtsratsmitglieder haben für das abgelaufene Geschäftsjahr die lauer verdiente Tantieme von 67 000 Mark erhalten. Es entfällt also, abgesehen von der Dividende, auf jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied ein vollständig arbeitsloser Gewinn von etwa 3000 Mark.

Der Zusammenschluß großer Gesellschaften zu einer einzigen Firma ist ein Teil der kapitalistischen Rationalisierung. Man sollte annehmen, daß Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder überflüssig wären, wenn es statt eines haben Duzend produzierender Firmen nur noch eine gibt, daß also der Abbau von Arbeitern und Angestellten auch von einem Abbau von Direktoren und Aufsichtsräten begleitet ist. Das wäre jedoch eine irrillmische Annahme. Anstatt weniger sind es mehr Verwaltungsmittelglieder, anstatt des Abbaus ist in Wirklichkeit ein Zuwachs entstanden, und mit dem Zuwachs an Beamten hat auch eine Erhöhung der aus diesen Beamten fließenden Bezüge stattgefunden. Es beträgt die Zahl der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat beim Stahltrust und bei an ihm beteiligten Gesellschaften:

Vereinigte Stahlwerke. Der Vorstand besteht aus 4 leitenden Mitgliedern, 41 ordentlichen und 14 stellvertretenden Vorstandsmitgliedern, also im ganzen nicht weniger als 50 Personen, der Aufsichtsrat aus 24 Mitgliedern. Die Verwaltung des Stahltrusts wird also von nicht weniger als 83 Personen besorgt. Wahrscheinlich ist die Verwaltung so reichlich besetzt, damit auf das einzelne Mitglied keine allzu aufwendende Arbeit entfällt. Westel Tantieme die Vorstandsmitglieder bekommen, wissen wir nicht. In der L. B. vom 14. Dezember haben wir eine Meldung der Duisburger Volkszeitung wiedergegeben, worin mitgeteilt ist, daß der Direktor des Stahlwerkverbandes 180 000 Mark, der Direktor des Röhrenverbandes 110 000 Mark, sein Stellvertreter 75 000 Mark, drei Kulturdirektoren je 45 000 Mark bestehen. Nehmen wir für die Direktoren des Stahltrusts Durchschnittsbeträge von 75 000 Mark an, was sicherlich nicht zu hoch gerechnet ist, dann bekommen wir die statistische Summe von 4,4 Millionen Mark. Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekommen statutenmäßig 2 Prozent vom Reingewinn, eine Mindesttantieme von 5000 Mark für jedes Mitglied ist ihnen garantiert. Unter Zugrundelegung dieses garantierten Fixums ergibt sich also für den gesamten Aufsichtsrat eine jährliche Mindesttantieme von 24mal 5000 = 120 000 Mark.

Die Gesellschaften, die keine andere Funktion haben, als Aktien des Stahltrusts oder anderer Gesellschaften zu besitzen, zeigen folgendes Bild:

Gesellschaftlicher Bergwerks-A. G.: 11 Vorstandsmitglieder und 57 Aufsichtsratsmitglieder. Die Gesellschaft hat den Vereinigten Stahlwerken ihre sämtlichen Anlagen übertragen und nur die Zechen Monopol und das Werk in Bochum behalten. Für die Direktion ergibt sich nach obiger Berechnung also eine Einnahme der Direktion von 825 000 Mark. Der Aufsichtsrat erhält eine Tantieme von 5 Prozent vom Reingewinn. Dieser betrug im Geschäftsjahre 1925/26 2,2 Millionen Mark. Das ergibt eine Gesamtaufwandssumme von 110 000 Mark.

Die Rhönitz A. G. hat ihre gesamten Betriebsanlagen an den Stahltrust übertragen. Die Direktion besteht aus 2 Mitgliedern, der Aufsichtsrat aus 36 Mitgliedern. Die Jahressumme Tantieme für den Aufsichtsrat beträgt 6 Prozent vom Reingewinn, das sind unter Zugrundelegung des Reingewinns für 1925/26 rund 78 000 Mark, für die Direktoren, unter Zugrundelegung des sicherlich besonders in diesem Fall viel zu niedrigen Durchschnitts von 75 000 Mark, 150 000 Mark.

Reinische Stahlwerke. Sie haben nur den Rohenbesitz behalten, während die gesamten Eisenbetriebe, die den Hauptbestandteil des Unternehmens ausgemacht haben, vom Stahltrust übernommen worden sind. Der Vorstand besteht aus 7, der Aufsichtsrat aus 25 Personen. Die Aufsichtsratsmitglieder bekommen eine garantierte Mindesttantieme von 8000 Mark für den Vorstehenden und 3000 Mark für jedes Mitglied. Das ergibt im ganzen 78 000 Mark, für das Direktorium 525 000 Mark.

Fassen wir die obigen Zahlen zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Vereinigte Stahlwerke	4 520 000 Mark,
Gesellschaftlicher Bergwerks-A. G.	835 000 "
Rhönitz-A. G.	228 000 "
Rheinische Stahlwerke	608 000 "
Charlottenhütte	487 000 "

Zusammen 6 753 000 Mark.

Dabei ist zu betonen, daß bei den Aufsichtsratsantienmen zum Teil Mindestbeträge zugrundegelegt worden sind, daß der Durchschnitt der Vorstandsgehälter zu niedrig angenommen und daß zudem nur die Gehälter, aber nicht die Tantiemen der Direktoren berücksichtigt sind, ferner daß die Höhe der in Betracht kommenden Gesellschaften unvollständig ist. J. S. fehlt die Firma Thyssen, die eine G. m. b. H., also nicht verstaatlicht ist, Bilanz und Geschäftsbericht zu veröffentlichen. Sicherlich ist es eher zu niedrig als zu hoch gegriffen, wenn man die Summe des Einkommens, das die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaften, aus dem sich der Stahltrust zusammensetzt, bezieht, mit 10 bis 12 Millionen Mark bezieht. Was das bedeutet, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Reingewinn der Vereinigten Stahlwerke für 1925/26 28,5 Millionen betragen hätte. Die Rentabilität der Besta könnte also viel besser sein, wenn ein Abbau der Verwaltungsmittelglieder stattgefunden hätte. Ob der Geschäftsbereich der Stahlwerke durch die Verstaatlichung durch Lohnerhöhung und Arbeitszeiterkürzung, die die Unternehmer auf 25 Millionen Mark beziffert, um mindestens ein Drittel erleichtert werden könnte, wenn man den vollkommen überflüssigerweise aufgeführten Verwaltungsvorstand von Parasten befreit, die nur gehren, ohne zu schaffen?

## Die Sterblichkeit in Preußen

Ueber die Todesursachen der in Preußen im Jahre 1923 gestorbenen Personen gibt die statistische Korrespondenz interessante Aufschlüsse. Gegen das Vorjahr sankte sich die Sterbeziffer um 2,8 auf 10 000 Lebende. Im Jahre 1923 hat der Rückgang des Todesfälle gegen 1924 insgesamt 3,3 auf 10 000 Lebende betragen, während von 1923 zu 1924 ein Rückgang der Todesfälle um 13,7 auf 10 000 Lebende zu verzeichnen gewesen war. 2,9 Prozent aller Gestorbenen oder fast ein Viertel sind übertragbaren Krankheiten zum Opfer gefallen. Für die übrigen Todesursachen ergaben sich, auf 10 000 Lebende berechnet, folgende Ziffern: Krankheiten der Kreislauforgane 17,1, Altersschwäche 12,2, Krebs 11,2, Gehirnschlag und Krankheiten des Nervensystems 9,8, Krankheiten der Verdauungsorgane 9,0, angeborene Lebensschwäche 6,8, Krankheiten der Atmungsorgane 4,5, Unglück oder gewalttätige Einwirkung 3,8, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 3,0, Selbstmord 2,5, Kindbettkrankheiten (außer Kindbettfieber) 0,5, Mord und Tothschlag 0,2.

## Wenn zwei daselbe tun ...

I. Als im Sommer d. J. die beiden völkischen Redakteure Große und Revius vom Landgericht in Bries wegen wilder Beschimpfungen gegen die deutsche Republik zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt wurden, nannte das völkische Hakenkreuzblatt, die sogenannte Schleifische Volksstimme in Breslau, das Urteil ein „Schandurteil“. Die republikanische Beschwärdenstelle in Berlin teilte dies dem Betreger Landgerichtspräsidenten mit, damit dieser wegen Beleidigung der Richter, die das Urteil gefällt hatten, Strafantrag stelle. Der Landgerichtspräsident lehnte jedoch einen Strafantrag ab, weil in dem Auspruch „Schandurteil“ keine Beleidigung enthalten sei. Der Breslauer Oberlandesgerichtspräsident billigte diese Auffassung.

Als der damalige Landgerichtsdirektor und jetzige Oberverwaltungsgerichtsrat Krone das dem Reichspräsidenten überbrachte beschimpfende Urteil der Breslauer Richter „schamlos und jammervoll“ nannte, wurde er wegen Beleidigung der Richter zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt. Auch der Redakteur Baumgart von der völkischen Volkszeitung wurde wegen der Veröffentlichung einer Entschuldigungs- in der von einem Schandurteil der völkischen Strafkammer die Rede war, zu 300 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Ebenso ging es dem sozialdemokratischen Parteisekretär Rahmig, der in einem Zeitungsheft zum Protest gegen ein Schandurteil aufgefordert hatte. Das Urteil lautete auf 500 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis.

Es ist also für die republikanische Justiz nicht dasselbe, wenn völkische und sozialdemokratische Redakteure von Schandurteilen

sprechen. Ein republikanischer Richter, der auf dem Boden der Verfassung steht, oder ein sozialdemokratischer Redakteur muß natürlich anders angefaßt werden als ein völkischer Redakteur, der der Republik ein baldiges Ende wünscht. Aber trotz alledem: Vivat iustitia!

## Wahlrechtsreform in Dänemark

WTB Kopenhagen, 1. Dezember.

Der Minister des Innern hat heute im Folketing eine Gesetzesvorlage über die Wahlen zum Reichstag eingebracht. Die Vorlage geht u. a. darauf hinaus, die Anzahl der Mitglieder des Folketing von 149 auf 121 herabzusetzen. Das Land soll in 81 Wahlkreise eingeteilt werden, in denen je ein Abgeordneter gewählt wird. Die durch diese Wahlordnung für die Parteien entstehenden Ungleichheiten sollen durch Erziehung von 40 Zuschlagsmandaten ausgeglichen werden, deren Verteilung nach dem System der Verhältniszahl-Wahlmethode erfolgen soll.

\* Unter dem Titel „Das andere Deutschland“ erscheint jetzt in Riga eine sozialistische Wochenzeitschrift, die von der neugebildeten sozialistischen Gruppe Letlands herausgegeben wird. Damit schließt sich zum erstenmal offen die Stimme des Sozialismus unter den als exzeptionär bekannten deutschen Epochen der baltischen Provinzen.

Hindenburg in der französischen Wahlpropaganda. Zu Meldungen aus Paris, wonach an den Pariser Anschlagmännern ein Wahlsplafat prangt, das eine Karikatur des Reichspräsidenten a Hindenburg als Gott des Krieges darstellt, erzählt die Tages Rundschau, daß der deutsche Botschafter Dr. Reich in Vertretung des Botschafters v. Hoßb Vorstellungen im französischen Ministerium des Aeußeren erhoben hat.

Ein englischer Bezugsbeamter im Sudan ermordet. Der Bezugsbeamter der Provinz Bahri el Ghazal im Sudan ist, wie aus Kairo gemeldet wird, am Donnerstag gleichmäßig mit einem griechischen Kaufmann von Eingeborenen ermordet worden, denen er fünf gestohlenes Vieh weggenommen hatte, um es den Eigentümern zurückzugeben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herr in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Hugo Seydand in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



# Der Endkampf um die Lohnsteuer

## Vertagung des Reichstages

Berlin, 17. Dezember.

Der Reichstag begann seine letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien bereits um 11 Uhr. Nach einem Beschluß des Ausschusses für Entschädigungen wird der Entwurf zum Kriegsschaden-Schlutzgesetz ohne Debatte in erster Lesung dem Ausschuss überlesen.

Präsident Hübner erklärte dazu: Aus der schnellen Erledigung der ersten Lesung dürfen die seit Jahren wartenden Geschädigten nicht etwa den Schluß ziehen, daß der Reichstag ihren Forderungen interesselos gegenüberstehe. Im Gegenteil, der Reichstag wolle vermeiden, daß diesem dringenden Gesetz vor den Weihnachtsferien noch Schwierigkeiten bereitet werden. Der 22. Ausschuss wird seine Arbeit noch vor dem Wiederzusammentritt des Plenums aufnehmen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Milderung des Einkommensteuergesetzes (Lohnsteuer). Der Steueraussschuß hat die ursprüngliche Regierungsvorlage fallengelassen und statt dessen schlägt er den bekannten neuen Gesetzentwurf der Regierungsparteien vor. Danach soll der Lohnsteuerbetrag um 15 Prozent gesenkt werden, jedoch um nicht mehr als 2 Mrk. monatlich. Außerdem soll der abzugsfähige Beitrag für Sonderleistungen, Versicherungen, Sterbegeld usw. für den Steuerpflichtigen von 450 auf 600 Mrk., für die Ehefrau und für jedes Kind von 100 auf 250 Mrk. erhöht werden. Eine weitere Senkung der Steuer soll erst eintreten, wenn das jährliche Aufkommen daraus 1900 Millionen übersteigt.

Von der Deutschen Volkspartei ist jetzt noch ein neuer Antrag eingegangen, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit einigen kleinen Änderungen fordert.

### Abg. Reil (Soz.)

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, welche Wirkung in der Regierungskoalition herrscht, so hätte ihn der Verlauf der Verhandlungen im Steueraussschuß erbracht. Erst hat die Regierung ihre Vorlage eingebracht und hier begründet. Diese Vorlage ist zwar verschwunden, jetzt aber erleben wir eine Wiederherstellung durch den Antrag der Deutschen Volkspartei. An Stelle der Regierungsvorlage ist im Ausschuss eine neue Vorlage getreten, eingebracht von den Regierungsparteien ohne die Deutsche Volkspartei. In diesen Antrag hat sich keinerlei sachliche Debatte im Ausschuss gemischt.

Er trägt den Stempel eines Verlegenheitsproduktes so deutlich wie nur möglich an der Stirn.

Wer sich nur ein wenig in das Problem der Lohnsteuer vertieft hat, der stellt diesem Antrag aus dem ersten Blick an, daß er nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Erwägungen eingebracht worden ist. Die Deutsche Volkspartei wollte gar nicht die Erfüllung der Reg. Brünings, sie verfolgt ein anderes Ziel, ihr kam es vor allem auf drei Zwecke an:

1. Die Herabsetzung des Steuertarifs für die großen und größten Einkommen.
2. Besteuerung der Einkommen nach dreijährigem Durchschnitt statt des einjährigen Ertrages.
3. Die Befreiung des Quellensteuerprinzips auf dem einzigen schmalen Gebiet, wo es außer der Lohnsteuer vorhanden ist, bei der Kapitalertragsteuer.

Als ihre drei Äntzige, die das forderten, abgelehnt waren, hat sie ihr Ziel nicht aufgegeben, sondern ein prinzipielles Zugeständnis erlangt, das in der Annahme der Resolution im Ausschuss zum Ausdruck kommt, wonach ein Ausschuss zur Prüfung der Frage eingeberufen soll, ob und von welchem Zeitpunkt ab bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zum dreijährigen Durchschnitt übergegangen werden kann. Das war der Kaufpreis der Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Antrag der übrigen Regierungsparteien, und das Zentrum hat sich bereit erklärt, diesen Kaufpreis zu zahlen.

Nach der Reg. Brünings soll eine Senkung der Lohnsteuer folgen, wenn innerhalb sechs Monaten das Aufkommen mehr als 8,5 Millionen beträgt. Diese Voraussetzung war längst erfüllt. Der sozialdemokratische Antrag, der Erhöhung der steuerfreien Einkommen von 100 auf 140 Mrk., beruht auf sorgfältigen Berechnungen. Die Regierung konnte zuerst zu keinem Beschluß kommen, im letzten Augenblick brachte sie eine Vorlage ein, die in Wirklichkeit eine sinnwidrige Auslegung des Gesetzes

von 1925 darstellt. Man ersieht darüber, daß Abmachungen mit den Ländern getroffen wurden, die dem Sinne des Reichsgesetzes widersprechen, und von denen der Reichstag nichts weiß. (Hört, hört!) Die Zustimmung der Länder zu der Befolgungsvorlage ist mit dem Versprechen der Reichsregierung erzielt worden, daß aus der Lohnsteuer ein höheres Aufkommen erzielt werden soll. In Konsequenz dieser Abmachungen soll jetzt auch schon die Lohnsteuer 1900 Millionen erbringen.

Man arbeitet darauf hin, das Aufkommen aus der Lohnsteuer noch über 1900 Millionen Mark hinaus zu erhöhen.

Der neue Entwurf bringt eine außerordentliche Komplexität mit sich. Nicht nur die Durchführung der Lohnsteuer auf äußerste erschwert, sondern auch Gefahren für die Lohnsteuerpflichtigen in sich birgt. Die Unternehmer haben neue Berechnungen vorzunehmen, dadurch wird die Popularität der Lohnsteuer in diesen Kreisen sicher nicht gewinnen, die Sicherheit der Abrechnung wird vermindert. Viel schlimmer als diese Bestimmungen ist jedoch, daß

der soziale Gedanke des Existenzminimums prinzipiell verlassen wird. Man baut das soziale Existenzminimum ab. Die 1200 Mrk. steuerfreien Einkommen, die vor zwei Jahren erzielt wurden, sind heute in Wirklichkeit nicht mehr die 1200 Mrk. von damals. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Heraushebung des steuerfreien Betrages ist um so notwendiger, weil die anderen Massensteuern zu gleicher Zeit enorm angefüllt sind, trotz der Senkung der Umsatzsteuer ist das Ergebnis weit größer als 1925, weil die Mindereinnahmen wieder gedeckt wurde durch das Mehr an Zöllen. Diesen Tatsachen hat der sozialdemokratische Antrag Rechnung getragen durch die Erhöhung des steuerfreien Einkommens. Die Regierung hat sich dem mit aller Schärfe widersetzt, sie will nicht, daß die Lohnsteuerpflichtigen, die durch die Verärgerung des Nominallohnes in die Pauperisierung hineingeworfen sind, von der Lohnsteuer frei bleiben. Trotz gestiegenen Nominallohnes ist aber

die Lohnsteuer, die früher steuerfrei waren, sind es heute nicht mehr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn diese Entwicklung sich fortsetzt, so führt das zur Aufhebung jedes, auch des kleinsten Existenzminimums. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der neue Entwurf unterscheidet sich von dem bisherigen Zustand in drei wichtigen Punkten:

1. Die Senkung der Lohnsteuer ist nicht mehr abhängig gemacht von der Erhöhung des Lohnsteueraufkommens während eines halben Jahres, sondern nach einem ganzen Jahre.
2. Der Aufkommensbeitrag wird von 1200 auf 1900 Millionen Mark im Jahre erhöht.

Man hat vollkommen freie Hand behalten, wie man diese Senkung vornehmen will. Die Verlängerung der Zeitperiode

ein Jahr hat zur Folge, daß beispielsweise die Berechnung für das Jahr 1928 erst im Frühjahr 1929 erfolgen kann, bis wohin das Aufkommen auf 1500 und 1600 Millionen Mark gestiegen sein kann.

Die Folge davon ist, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht nur 100 Millionen Mark mehr, sondern mehrere hundert Millionen mehr ausbringen müssen, als in der Reg. Brünings festgelegt ist.

Die Arbeitervertreter des Zentrums haben ihre Bedenken gegen die Geschäftsordnung durch Stillmenthaltung zum Ausdruck gebracht. Wir erwarten, daß sie dieser Vorlage nicht zustimmen. An die Stellung der wenigen Arbeitervertreter bei den Deutschnationalen knüpfen wir allerdings diese Erwartung nicht. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die bisher noch bloßen Leuten ihre Stimme gegeben haben, werden bei den nächsten Wahlen mit ihnen schon fertig werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Dr. Brünings (Zent.) gibt zu, daß die Formulierung der Ausschussvorlage nicht dem Wortlaut der Reg. Brünings entspricht, aber der Zweck dieses Gesetzes werde auch durch den Ausschussantrag erreicht, und zudem noch die Begünstigung der hohen Einkommen vermieden. Die Erhöhung der Maximalgrenze des Steueraufkommens auf 1900 Millionen sei zwar eine Milderung des Gesetzes, aber diese Milderung habe gerade diejenigen Ländererregungen gewünscht, in denen Sozialdemokraten und Demokraten einschreibend vertreten sind. Man habe geglaubt, daß zur Deckung der Beamtenbesoldungsreform der Ertrag der Lohnsteuer verwendet werden müsse. Die Befolgungsvorlage werde auch ein höheres Aufkommen der Lohnsteuer aus den Beamtengehältern zur Folge haben, die 100 Millionen Mehrerträge würden also nicht allein von den Arbeitern aufgebracht werden.

Abg. Reil (D. Sp.) begründet den von seiner Partei eingebrachten Antrag, der die Regierungsvorlage wiederholt und eine Auflockerung des Steuertarifs fordert. Das liegt nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch im fiskalischen Interesse.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) meint, die Ausschussvorlage sei nicht die Erfüllung der Reg. Brünings. Das heute vom Redner des Zentrums angeführte Interesse der Länder und Gemeinden habe doch schon bestanden, als Dr. Brünings im Jahre 1920 seinen Antrag einbrachte.

### Reichsfinanzminister Dr. Böcker

steht in Abrede, daß er den Ländern die Nichtdurchführung der Reg. Brünings versprochen habe. Er habe ihnen lediglich gesagt, sie würden auch im neuen Steuerjahre erhöhte Steuerüberweisungen erhalten. Das habe sich aber auf das Gesamtaufkommen aus den Steuern bezogen. Mit Rücksicht auf die Befolgungsvorlage sei die Erhöhung der Höchstgrenze des Ertrages aus der Lohnsteuer um 100 Millionen berechtigt. Von einer unsocialen Gestaltung der Lohnsteuer durch den Ausschussantrag könne keine Rede sein. Die Einführung des dreijährigen Durchschnitts für die Einkommensteuer könne gegenwärtig nicht durchgeführt werden, die Regierung stimme aber der Einführung eines Ausschusses zur Prüfung dieser Frage zu.

Abg. Roenen (Komm.) verlangt die vollständige Befreiung der Lohnsteuer, weil sie die Lohn- und Gehaltsempfänger unter ein Ausnahmestück stelle.

Abg. Drewitz (W. Vgg.) lehnte namens der Wirtschaftspartei die Vorlage ab.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Oberfahren (Dk.), Holscher (Wart. Wd.) und Feder (Nat.-Soz.) erklärt

### Abg. Reil (Soz.)

Der Reichsfinanzminister hat sich gegen den Vorwurf gewandt, daß er die Lohnsteuerpflichtigen an die Länder verkauft habe. Aus seinen Bemerkungen ging aber hervor, daß er den Ländern erklärt hat, aus der Lohnsteuer seien höhere Erträge zu erwarten. Im Jahr sind auch bereits 1900 Millionen eingelegt, während nach der Reg. Brünings nur 1200 Millionen zu erwarten sind. Daß die Deutsche Volkspartei Vertreterin der Interessen des

großen Kapitals ist, geht wiederum daraus hervor, daß sie nicht nur die Vorlage der Regierung übernommen, sondern sie auch noch verknüpft hat mit einer Tarifänderung, die die hohen Einkommen in außerordentlicher Weise begünstigen sollen.

Die Deutsche Volkspartei will bei der steuerfreien Einkommengrenze von 100 Mark im Monat bleiben. Durch die Senkung der Lohnsteuer um 1 Prozent würden nur ganz unwesentliche Ermäßigungen bei den Lohnsteuerpflichtigen eintreten. Wie würde es dagegen bei den großen Einkommen ausfallen, wenn der Antrag der deutschen Volkspartei angenommen wird?

Ein Einkommen von 50.000 würde um 3500 Mark Steuer gesenkt werden. (Hört!) Bei einem Einkommen von 100.000 Mark würde die Senkung an Steuern 6500 Mark betragen, bei einem Einkommen von 500.000 Mark 24.500 Mark, bei einem Einkommen von 1 Million 51.500 Mark. (Lach.) (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist eine Illustration der Interessen, die Sie vertreten!

Und der Redner einer solchen Partei spricht davon, daß das Steuergefühl auch bei den kleinsten Einkommen erhalten bleiben müsse, daß deswegen auch die kleinsten Einkommen nicht von der Lohnsteuer befreit werden dürfen. Erst haben Sie die minderbemittelten Bevölkerungsteile durch Verbrauchssteuern und Zölle überlastet, jetzt leisten sie Widerstand gegen die Senkung der Lohnsteuer. Und da sprechen Sie noch von Verantwortungsgefühl der Lohnsteuerpflichtigen! Meine Fraktion hat ganz klar ausgesprochen lassen, daß wir den Antrag des Ausschusses ablehnen. Die Verantwortung für die Ablehnung übernehmen wir sowohl in sachlicher wie auch in politischer Beziehung. Sie (nach rechts) haben die Reg. Brünings nicht erfüllt, sie haben auch nicht einmündig den Versuch unternommen, mit uns als stärkster Fraktion des Hauses eine Mehrheit zur Ausführung der Reg. Brünings nach Köln zu bringen. Wir werden uns nicht einem Diktat beugen, das nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Motiven zustande gekommen ist. Mit den Lohn- und Gehaltsempfängern werden wir den Kampf für eine neue gerechtere Regelung der Lohnsteuer aufnehmen. (Lach. Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Aussprache. Ein kommunistischer Antrag auf Befreiung der Lohnsteuer wird abgelehnt. Auch der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens auf 140 Mark im Monat wird abgelehnt.

Der volksparteiliche Antrag auf Lockerung des Steuertarifs wird in namentlicher Abstimmung mit 298 gegen 51 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmen auch die Demokraten. Der volksparteiliche Antrag auf Einführung der Befreiung nach dem dreijährigen Durchschnitt wird gleichfalls abgelehnt, und zwar mit 178 gegen 138 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage des Ausschusses mit 193 gegen 161 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Gegen die Vorlage stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Wirtschaftspartei.

Angenommen wird die Entschädigung auf Einführung eines Ausschusses zur Prüfung der Frage der Befreiung nach dem dreijährigen Durchschnitt.

Hierauf wird die in einer früheren Sitzung unterbrochene Aussprache über die Entschädigung der Industrieellen fortgesetzt.

Abg. Holzheimer (Wirtsch. Vgg.) ist der Ansicht, daß den Industriellen die Entschädigung zu Unrecht geschäftet worden seien. Die Klagen der schwer geschädigten Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes habe man nicht erfüllt. Ihren berechtigten Entschädigungsforderungen müsse endlich entgegengetreten werden.

Abg. Süder (Komm.) beantragt die Herabsetzung des Reichsfinanzars, der auch Minister der besetzten Gebiete ist, damit von der Regierung eine Antwort auf die zu diesem Punkte eingebrachte Interpellation gegeben werden kann.

Auf Vorschlag des Präsidenten Böbe wird statt dessen mit Zustimmung der Kommission die Aussprache abgebrochen.

Am 16 Uhr vertagt sich das Haus auf den 18. Januar 1928, 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats.

Präsident Böbe entläßt die Abgeordneten mit den besten Wünschen für Weihnachten und für das neue Jahr.

# Untergang eines U-Bootes

## Die Reifeite des Marinismus

Mehr als 30 Tote

WTB Provincetown (Massachusetts), 17. Dezember.

Das amerikanische Unterseeboot S 4 wurde heute auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer Paulding gerammt und ging unter. Der Zusammenstoß ereignete sich um 15,37 Uhr außerhalb des Hafens. Zeugen des Unglücks berichteten, daß der Zerstörer Paulding im Begriff war, in den Hafen einzulaufen, als das Unterseeboot plötzlich empersprang. Der Zerstörer konnte seine Fahrtrichtung nicht mehr ändern, und so kippen die Schiffe zusammen. Das Unterseeboot sank sofort. Das Schicksal der aus 4 Offizieren und 35 Mann bestehenden Besatzung ist noch ungewiß.

11. Neusee, 18. Dezember.

Ueber den Zusammenstoß werden folgende Einzelheiten bekannt: Das Küstenschiff Paulding, ein früherer Zerstörer, fuhr nach dem Hafen Provincetown, als der Kapitän plötzlich erkannte, daß er auf das Unterseeboot S 4 zufahre, das kurz vorher untergetaucht war und sich wenige Meter unter der Oberfläche befand. Der Kapitän konnte nicht mehr ausweichen. Bei dem Zusammenstoß wurde das Schiff Paulding sehr stark erschüttert und erhielt ein großes Loch unterhalb des Rumpfes, so daß große Wassermengen in das Schiff eindrangen. Es konnte nach ein Signal und einem Funkpruch nach Washington abgeben und mußte mit Wasserdampf dem Hafen zufahren, den es nach der letzten Augenblick erreichte. Die zu der Unglücksstelle herbeieilenden Schiffe erkannten an einem großen Deckel, wo das Unterseeboot gesunken war. Das Wasser ist dort 150 Fuß tief, so daß angenommen wird, daß das Unterseeboot 150 Fuß tief gesunken ist. Man weiß nicht, ob die Mannschaften noch die nötigen Vorbereitungen zum Tauchauchen haben machen können, oder ob das Unterseeboot durch den Zusammenstoß eingedrückt wurde. In diesem Fall wäre die Besatzung verloren. Aber auch wenn das Schiff nicht beschädigt sein sollte, bezweifelt man die Rettung der 43 Mann starken Besatzung, da das Schiff nur 75 Stunden unter Wasser bleiben kann. Es ist kaum anzunehmen, daß in dieser Zeit das notwendige Material zur Hebung des Schiffes herbeigeschafft sein kann und die Hebung selbst durchgeführt ist.

11. London, 18. Dezember.

Nach Meldungen aus Washington teilt das Marineministerium mit, daß nach Feststellungen von Tauchern in dem in der Nacht von

Provincetown gesunkenen Unterseeboot noch sechs Mann am Leben seien und sich im Torpedoraum aufhielten. In das Unterseeboot sei Luft eingepumpt und zwischen den Tauchern und den eingeschlossenen Mannschaften eine Verbindung hergestellt worden. Die eingepumpte Luft reiche aus, um die Mannschaften etwa 40 Stunden am Leben zu erhalten. Im Rettungsboot noch etwa 12 Stunden länger.

## Explosions-Katastrophen

11. London, 18. Dezember.

Wie aus Guatemala-Stadt berichtet wird, sind infolge eines Feuers das Pulvermagazin und andere Gebäude, in denen Dynamit und Petrolum aufbewahrt wurden, in die Luft geflogen. Man befürchtet, daß zahlreiche Verwundete und Tote zu erwarten sind. Die Zahl der Verletzten beträgt nach den bisherigen Feststellungen fünfzehn.

11. Brüssel, 18. Dezember.

In einer Fabrik in Willebroeck bei Brüssel ist gestern ein Dampfkegel explodiert. Zwei Arbeiter wurden getötet, vier weitere schwer verletzt.

## Militärischer Weihnachtsabend

Von Hans Bauer.

Ich erinnere mich eines Weihnachtsabends, den ich 1915 als Redner der dritten Kompagnie des zweiten Bataillons des Inf.-Regt. 105 in einem Restaurant zu Meerane in Sachsen feierte, wo wir stationiert waren. Es war eine echt militärische Weihnachtsfeier, und ich besahe noch ein Bild, das an diesem Tage aufgenommen wurde. Das ist, bei aller Weihnachtslichkeit, auch eine militärische. Ganz vorn ist der Hauptmann auf einem Stuhle zu sehen. Er hält in seiner Rechten eine Schiefertafel, auf der geschrieben steht:

Fröhliche Weihnachten!

3. Komp. 2. Bat. Inf.-Regt. 105.

Hinter ihm ist eine Stuhlleihe, auf der zwei Leutnants sitzen. Hinter dieser Stuhlleihe ist eine andere, auf der die Unteroffiziere sitzen, und dann ein Feldwebel in der Mitte.

Hinter dieser Stuhlleihe stehen die Gefreiten.

Hinter den Gefreiten stehen die Einjährig.

Hinter den Einjährigen stehen die Gemeinen.

Hinter den Gemeinen stehen zwei Köchler und der Wirt des Lokales.

Hinter dem Wirt des Lokales hängt ein Bild an der Wand, das eines Ausländers. Das des Herrn Jesus Christus, wie er die Bergpredigt hält.

# Unannehmbar!

## Der DMB gegen den Schiedspruch

Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahmen am Sonnabend in Bochum in einer stark besuchten Versammlung zu dem Schiedspruch für die Gruppe Nordwest Stellung. Nach einem ausführlichen Bericht und eingehender Aussprache wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Der Schiedspruch für den Lohn und die Arbeitszeit der nordwestlichen Gruppe ist für den Deutschen Metallarbeiter unannehmbar. Der Schiedspruch steht in der Arbeitszeitfrage für die Walz-, Hammer- und Wälzwerke eine über die durch Verordnung vom 16. Juli 1927 vorgesehene Arbeitszeit hinausgehende Dauer vor. Die Regelung der Sonntagsarbeit für die Stahlwerke ist für die in Betracht kommende Arbeiterschaft untragbar. Auch die Überschreitung der durch Verordnung vom 16. Juli vorgesehene Dauer der Arbeitszeit. Auf das Schärfste zu verurteilen ist das vom Christlichen Metallarbeiterverband in dieser Frage, wie überhaupt ganz allgemein bei dieser Bewegung gezeigte Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeiterschaft. Für die in kontinuierlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, soweit für sie nicht der Achtstundentag vorgesehene ist, bedeutet dieser Schiedspruch sogar eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Tarifstand. Für Zehntausende von Hüttenarbeitern und für die gesamte weiterverarbeitende Industrie soll ein weiteres volles Jahr die Arbeitszeit unverändert bleiben. Die Gewährung von 1 bzw. 2 Pfennig Lohnzulage ist eine vollkommen unzulängliche Regelung des Lohnausgleichs für die Verkürzung der Arbeitszeit und muß als eine bewusste Provokation der Arbeiterschaft angesehen werden. Die Vertrauensmänner der Verwaltungsgesellschaft Bochum weisen heute darauf hin, daß dieser Schiedspruch nicht geeignet ist, Ruhe und Wirtschaftlichkeit im Bezirk herbeizuführen, vielmehr muß er zwangsläufig, auch wenn er verbindlich werden sollte, eine Reihe schwerer Auseinandersetzungen und Beunruhigungen in den Betrieben zur Folge haben.“

Auch die Unternehmer haben den Schiedspruch abgelehnt und zwar beide Teile des Schiedspruches, den über Lohn und über Arbeitszeit. Diese Ablehnung ist nur ein Komödientenspiel. Sie sind mit dem Schiedspruch, vor allem mit dem Lohnschiedspruch, sehr wohl zufrieden. Deshalb haben sie auch ihre Kündigungsvorgänge nicht wahr gemacht. Dem Deutschen Metallarbeiterverband dagegen ist es mit der Ablehnung des Schiedspruches bitterer Ernst. Der Schiedspruch ist keine Lösung des

Konfliktes; denn was der Reichsarbeitsminister an magerem Zugeständnissen in der Arbeitszeitfrage gegeben hat, das hat der Schlichter wieder weggenommen. So schafft man keine Ruhe in der Grobblechindustrie, und

wenn der Reichsarbeitsminister glaubt, mit der Verbindlichkeitsklärung der Konflikt gewaltlos beenden zu können, dann gibt er sich einer argen Täuschung hin.

Der Reichsarbeitsminister mag noch mit einer Verbindlichkeitsklärung so energisch kommandieren: „Das Ganze halt!“ — die Bewegung um die Herstellung des vollen Achtstundentages und um wirklich menschenwürdige Löhne in der Grobblechindustrie ist damit noch lange nicht zu Ende.

W. Mülheim (Ruhr), 18. Dezember.

Hier fand heute eine von 100 Delegierten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet besuchte

Konferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes

statt, um zum Schiedspruch für die Grobblechindustrie Stellung zu nehmen. Nach Entgegennahme der Berichte der Verbandsunterhändler Schmitz und Burgard über die Essener und Düsseldorf Verhandlungen und eingehender Aussprache, die insgesamt acht Stunden in Anspruch nahm, beschloß man die Ablehnung des Lohnschiedspruches. Dagegen wurde der Schiedspruch über die Arbeitszeit angenommen. Weiter beschloß die Bezirkskonferenz, die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Prüfung der Anträge der Industrie zu leantrogen. Es handelt sich dabei um die Mitwirkung bei Prüfung von Anträgen auf Hinauschiebung des Inkrafttretens der Verordnung vom 10. Juli 1927 und zur Überwachung der Inangriffnahme und des Fortganges der von diesen Werken angelegten Umbauten. Ein anderer Beschluß der Bezirkskonferenz fordert die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Untersuchungen über die Rentabilität der Werke.

II Essen, 18. Dezember.

Der Gewerkschaften Deutscher Metallarbeiter (G. D. M. A.) nahm in einer heute hier abgehaltenen Konferenz der Vorstände und Vertrauensmänner im Beisein eines Vertreters des Hauptverbandes zum Schiedspruch Nord-West Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Schiedspruch sowohl mit Bezug auf die Arbeitszeit als auch auf die Lohnfrage für unannehmbar erklärt und abgelehnt wird.

sind in Berlin Verhandlungen wegen Nachprüfung und Erhöhung der Ortslöhne mit dem Erfolg geführt worden, daß fast alle sächsischen Ortslöhne der Reichsverwaltungsarbeiter mit Wirkung vom 16. Oktober ab um drei und vier Pfennige für die Stunde erhöht worden sind. Damit fallen die Hinweise auf das Reich und die daran geknüpften Befürchtungen.

Anlässlich der Besoldungsneuregelung haben wieder einmal alle Parteien ihr warmes Herz für die Beamenschaft entdeckt. Sie alle traten mit aller Entschiedenheit für wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter ein. Soweit die untersten Gruppen in Frage kommen, war tatsächlich erhebliche Aufbesserung dringend nötig. Aber wir fügen hinzu, noch dringend notwendiger ist die Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne, denn diese sind weit niedriger als die Bezüge der untersten Beamtengruppen. Wenn man glaubt, daß mit Rücksicht auf die noch laufende Lohnvereinbarung eine Erhöhung der Tariflöhne nicht angängig sei, dann muß eben mit einer einmaligen Beihilfe geholfen werden. Die gleiche Sorge, die jetzt in so reichem Maße den Staatsbeamten zuteil wird, fordern wir im vollen Umfange auch für die Staatsarbeiter. Deshalb erwarten wir, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion nicht nur im Landtage angenommen, sondern dann auch von der Regierung sofort durchgeführt wird.

## Die Lohnregelung für die Reichsarbeiter

Die Verhandlungen über die Löhne der Reichsarbeiter sind dieser Tage abgeschlossen worden. Da das Reichsfinanzministerium sich harntnäckig weigerte, eine allgemeine zwischenstaatliche Lohnherhöhung zu gewähren, und lediglich die Löhne an den einzelnen Orten entsprechend den Lohnverhältnissen der vergleichbaren Privatindustrie aufbessern will, blieb den Organisationsstellen nichts anderes übrig, als auf dieser Grundlage zu verhandeln. Aber auch bei den vereinzelten Aufbesserungen kam man erst nach recht schwierigen und zeitraubenden Beratungen zu einem Abschluß. Das Ergebnis befriedigt nicht restlos, bringt aber immerhin der überwiegenden Mehrheit der Reichsarbeiter eine kleine Lohnzulage.

Rückwirkend ab 16. Oktober wird eine Erhöhung von 2 Pfg. pro Stunde an insgesamt 137 Orten, eine Erhöhung von 3 Pfg. an 85 Orten und eine solche von 4 Pfg. an 11 Orten gewährt. Wenn die Organisationen diesem Verhandlungsergebnis schließlich ihre Zustimmung erteilt haben, so dürfen daraus wieder die Reichsregierung noch die Öffentlichkeit den Schluß ziehen, daß die Organisationen auf ihren grundsätzlichen Kampf um einen anständigen und auskömmlichen Lohn für die Reichsarbeiter verzichtet haben. Der 31. März 1928, der Termin, an dem das gegenwärtige Lohnabkommen gekündigt werden kann, wird den Organisationen erneut Gelegenheit geben, ihre Forderungen anzumelden.

## Die Gehaltsregelung für die Reichsbahner

Die Reichsbahngesellschaft hat es nicht für notwendig gehalten, bei der Besoldungsregelung den gewerkschaftlichen Organisationen ein ausreichendes Mitwirkungsrecht einzuräumen. Erst in den letzten Tagen wurde den Verbänden der Besoldungsentwurf der Reichsbahn vorgelegt. Die Besprechungen über den Entwurf wurden mit den einzelnen Organisationsgruppen getrennt geführt. Auch die geringsten Änderungsanträge wurden abgelehnt. Die Reichsbahngesellschaft erklärt also in einer Frage, die auf Jahre hinaus für das wirtschaftliche und soziale Schicksal von über 300 000 Reichsbahnbeamten bestimmend ist, ein Diktat.

Die von der Reichsbahngesellschaft getroffene Regelung muß um so mehr bestreben, als ihr schon im Oktober vom Eisenbahnerverband ein ausführlicher Besoldungsantrag aller Beamtengruppen und Dienstzweige des Eisenbahnerpersonals vorgelegt worden ist. Das Besoldungsdiplom der Reichsbahngesellschaft hat sofort nach seinem Bekanntwerden heftige Empörung im Eisenbahnerpersonal ausgelöst, die in Hunderten von Protesten zum Ausdruck kommt.

Der norwegische Gewerkschaftskongress hat den Anschluß an Amsterdam abgelehnt, obwohl die Vertreter der schwedischen und dänischen Gewerkschaften den Angriffen gegen IGB scharf entgegengetreten. Auch der Antrag des Bundesvorsitzenden Olsen und des Fraktionsführers der Arbeiterpartei Mahlen auf Neutralität gegenüber den verschiedenen Gewerkschaftsinternationalen wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein oppositioneller Antrag, der den Bundesvorstand beauftragt, mit den Gewerkschaftsbünden der Nachbarstaaten Schweden, Dänemark, Finnland, Rußland und andern Staaten freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und mit Finnland und Rußland ein Abkommen über gegenseitige Unterstützung abzuschließen. Trotz dieses Sieges gelang es der Opposition nicht, ihren Mann, Torp, als Vorsitzenden durchzuführen. Der bisherige Bundesvorsitzende Halvard Olsen wurde mit 121 gegen 116 Stimmen wiedergewählt.

**Esst mehr Früchte,  
und Ihr bleibt gesund!**

# Um die Staatsarbeiter-Löhne

## Zur Lage der sächsischen Staatsarbeiter

Schreibt uns die Bezirksleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter folgendes:

Dem sächsischen Landtage ist ein Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zugegangen, nach welchem den sächsischen Staatsarbeitern eine einmalige Beihilfe gewährt und noch vor Weihnachten ausgezahlt werden soll. Dieser Antrag geht von der ganz richtigen Erwägung aus, daß der sächsische Staat nicht nur Beamte, sondern auch eine große Zahl von Arbeitern beschäftigt und daß es Aufgabe der politischen Parteien, besonders aber der Arbeiterparteien, sein muß, bei aller Fürsorge für die Beamten, auch die Arbeiter nicht zu vergessen. Man wird einwenden, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, das sei in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften. Das ist richtig und so geschieht es auch. Wenn jedoch alle Bemühungen der Gewerkschaft, die Lage der angestellten Arbeiter zu verbessern, vergeblich sind, dann muß das Parlament eintreten.

Die Löhne der sächsischen Verwaltungsarbeiter sind durch Tarifvertrag zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Ministerium des Innern als Vertretung der sächsischen Staatsregierung geregelt. Bis jetzt gültige Lohnvereinbarung läuft jedoch leider untrübbar bis zum 31. März 1928. Sie ist im Mai dieses Jahres nicht in freien Verhandlungen der Tarifparteien, sondern durch Schiedspruch des sächsischen Schlichtungsausschusses zustande gekommen. Schon das ist bezeichnend genug.

Die Voraussetzungen, unter denen im Mai der Schiedspruch zustande kam, sind durch die in der Zwischenzeit eingetretenen Verteuerung des Lebensunterhaltes längst überholt und damit die festgesetzten Löhne völlig unzureichend geworden. Zum Beweise dessen wollen wir die gegenwärtig geltenden Wochenlöhne anführen. Wir bemerken dazu, daß dies die Höchstlöhne sind, welche erst nach vierjähriger Dienstzeit erreicht werden. Sie betragen in

Ortsklasse	A	B	D	X	E
Handwerker	38,40	37,92	37,44	36,96	36,48
Angelernte Arbeiter	33,12	32,64	32,16	31,68	31,20
Unangelernte Arbeiter	31,68	31,20	30,72	30,24	29,76
Angelernte Arbeiterin	25,44	24,96	24,48	24,00	23,52
Unangelernte Arbeiterin	24,48	23,52	23,04	22,56	22,08

Hinzu kommen noch 3 Pfg. stündlich als Ehefrauenbeihilfe und 3 Pfg. stündlich als Kinderbeihilfe.

Obige Lohnsätze erhält der Arbeiter in dieser Höhe jedoch nicht ausgezahlt; es gehen ab die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung, Rentenzulage, Steuerabzug, Arbeitslosenversicherung usw. Diese Abzüge belaufen sich wochenweise auf 4,50 bis zu 6.— Mark. Und es ist gar keine Eingelohnung, daß die Arbeiter mit ganzen 25 bis 28 Mark nach Hause gehen. Diese Löhne sind gar keine Bezahlung für die Arbeit, die z. B. die Staatsstrassenarbeiter bei allem Wind und Wetter verrichten müssen.

Angesichts dieser Verhältnisse hat es der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, trotz der noch gültigen Lohnvereinbarung für seine Pflicht gehalten, eine zwischenstaatliche Regelung zu beantragen. Gemäß sollen Verträge eingeleitet werden, aber neben dem Buchstabenrecht gibt es auch noch ein moralisches Recht und auf dieses stützt sich der Verband bei seinem Vorgehen. Mit dem Personalamt ist nun wiederholt — leider bisher vergeblich — verhandelt worden. Zunächst verweist das Personalamt auf das Verhalten des Reiches und der Reichsbahn, welche beiden ja auch eine Zwischenregelung abgelehnt hätten. Obendrein seien die Reichsarbeiterlöhne noch niedriger als die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter. Ein magerer Trost, von dem niemand satt wird! Und so befürchtet man, daß wenn jetzt in Sachen eine Zwischenregelung erfolge, dies sich höchst ungünstig auf die Gestaltung des Finanzausgleichs auswirken könnte. Dazu ist zu sagen, daß die Löhne der Reichsarbeiter für jeden einzelnen Beschäftigungsort besonders festgesetzt sind. In den letzten Tagen

bei den Sozialisten in Heidelberg, zusammengetraffen. — „Na, was macht denn das windige Hühnchen? Wie fährt er sich da in Heidelberg?“ — „Run, er läuft sich tot. Er tut mir leid. Scheint mir sonst ein ganz netter Junge zu sein.“ — „Ach, laufen schadet nicht, Königliche Hoheit. Gehört nun mal zum alten Germanen“, entgegnete Bl. Alle Anwesenden waren erfreut, daß ich einen ihrer Jüngsten von früher her kannte.

Auf einmal kam das Gespräch auf den deutschen Wel. Ich konnte es nicht unterlassen, ähnliche Ansichten zu äußern wie am Vorzuge im Hause des Kammerherrn v. Bl. Die ganze Gesellschaft war verblüfft und empört, wagte es aber nicht, sich gegen meine Angriffe zu verteidigen. Alles atmete auf, als schließlich v. Bl. die Ankunft des Kraftwagens meldete, der mich nach Gotha zurückbringen sollte.

Nachdem ich mich von der Dame des Hauses für den liebenswürdigen Empfang bedankt hatte, verließ ich die Gesellschaft. Durch die Tür hörte ich noch den alten R. poltern: „Der war ja doll! Donnerläuten!“ Herr v. Bl. begleitete mich bis Gotha. Aber auch unterwegs konnten wir nicht mehr ins Gespräch miteinander kommen. Ich hatte ihnen zu sehr auf die Nerven zugeht. Vor dem Hotel hat der Kammerherr, sich verabschieden zu dürfen. Er war hellblass; dies vorläufige Bräutigam zu sein. Während ich mich von ihm verabschiedete, kam Major v. S. der neben dem Führer mitgefahren war, ganz verwirrt vom Wagen herunter und bat mich, mir noch Gesellschaft leisten zu dürfen.

Bei einem Glase Sherry sah ich jetzt mit dem Major in der Halle. Wir sprachen über das deutsche Korpswesen, vermieden aber beide, dabei Gedanken zu äußern, die uns hätten auseinanderbringen können. Als wir uns zu eine Zeitlang in höflicher Unterhaltung gegenseitig gelangweilt hatten, bemerkte ich, daß der Direktor, der gerade ein Herr vom Hotel hinausbegeistert hatte, anfang, um unsern Tisch herumzuführen. Immer, wenn ich ihn ansah, lächelte er bedeutungslos. Das war so seine Art, wenn er mit mir sprechen wollte. Ich ließ ihn eine Weile zappeln, dann gab ich meinem Mann einen Klaps, verabschiedete den Major und winkte ihn herzu. „Na, Direktor, was haben Sie denn wieder auf Ihrer schwarzen Seele?“ — „Heil! Königliche Hoheit! Eben war der Herr Oberbürgermeister hier.“ — „Ja das alles?“ — „Rein, der Herr Oberbürgermeister wollte eigentlich Königliche Hoheit sprechen.“ Er machte eine Rundschau. Ich wurde ungeduldig. „Na, los! Beileben Sie sich! Sie tun ja so, als ob so'n Oberbürgermeister Gott weiß was wäre!“ — „Jawohl, Königliche

Hoheit, der Herr Oberbürgermeister bitten Königliche Hoheit um die Gnade, morgen abend sein Gast zu sein, zu einer kleinen Gesellschaft zu kommen. Ferner bittet der Herr Oberbürgermeister um eine Unterredung.“ — „Sie sind ein Kindvieh, Direktor! Sie sehen, daß ich hier sitze, und verabsäumen, mich vorzustellen.“ — „Königliche Hoheit verzeihen gnädig, da Königliche Hoheit in Gesellschaft waren, wagte der Herr Oberbürgermeister nicht zu stören.“ — „Himmelstempel! Da sitze ich als purer Langeweile mit so einem ausgelebten Major hier, und Sie unterlassen es, mich mit der höchsten Spitze von Gotha bekannt zu machen! Herr Direktor! Herr Direktor!“ — „Königliche Hoheit, es ist nicht meine Schuld! Herr Oberbürgermeister wünschte nicht...“ — „Was will er denn? Ich kenne ihn doch nicht. Wie kommt er dazu, mich einzuladen?“ — „Oh, Königliche Hoheit, es ist doch der Herr Oberbürgermeister! Bedenken Sie! Nicht jeder und weder! Ein einflußreicher Mann! Da wird doch hier in der Person Eurer Königlichen Hoheit so hohen Besuch haben, ist doch nichts natürlicher, als daß er Königliche Hoheit begrüßen möchte.“ — „Gut, ich werde den Herrn Oberbürgermeister anrufen und ihn fragen, was er will. Es paßt mir gar nicht, so von Schwedem eingeladen zu werden.“ In Wirklichkeit ging es mir mehr darum, zu erfahren, ob ich mich noch weiter unangefochten als Prinz Wilhelm von Preußen in Gotha aufhalten konnte. Hatte ich doch dem ganzen Tag das Gefühl gehabt, auf einem Pulverfaß zu stehen. Aus der Art, wie der Oberbürgermeister mir entgegentrat, würde ich schon wertvolle Schlüsse auf meine Sicherheit ziehen können. Der Direktor bejahte die Verbindung mit dem Stadtoberhaupt. Ich begab mich ans Telefon. Die Unterhaltung mit dem Oberbürgermeister bezweckte mich; er war überaus dezent und hat mich, und die Ehre einer Unterredung. Ich antwortete ihm, daß ich von dem Tag sehr müde sei und ihm jetzt noch nicht zu sagen wisse, wann ich ihn morgen früh empfangen könne. Er versprach, am nächsten Morgen jemand herüberzuschicken, um eine mit angenehme Zeit zu erfahren. Als ich mich hernach mit meinem Mann auf mein Zimmer begeben hatte, gingen noch einmal die wunderlichen Erlebnisse der letzten Tage an meinem Auge vorüber. Waren dies doch tughtige Menschen! Lächerlich! Hüch! Hüch! Und diese Leute hatten die Anmaßung, ein Sechzig-Millionen-Volk zu beherrschen? Statt heifrig zu sein, daß das so schwer geschlagene Volk, so noch immer nicht zur Nechtschaffenheit zog für jahrzehntelange Beerdigung und geistige Abwärtung!

(Fortsetzung folgt.)

Dieser Roman ist verfilmt worden und gelangt am Donnerstag, den 22. Dezember, im Metro-Palast zur Aufführung.

## Der falsche Prinz

Leben und Abenteuer von Harry Domela.

65 | Copyright 1927 by Malik-Verlag A. G. Berlin W 50.

Damit hatte ich die Aufmerksamkeit der ganzen Gesellschaft auf mich gelenkt. Ich empfand, wie ein leiser Nicken sich einschlich hatte. Ich begann daher zu gleichgültigen Dingen überzugehen, sagte aber auf, ob einer oder der andere noch etwas zu meinen Aeußerungen sagen würde. „Selbstverständlich müssen wir Arbeitslosenunterstützung zahlen. Ist einfach Rotweiss! Wenn sie die paar Kröten nicht kriegen, fied die Kanäle uns morgen die Klischee über dem Kopp an. Dann schon lieber die paar Sechser!“ hörte ich einen Funter brummen.

Während ich auf die gleichgültigsten Dinge interesseloses Antwort gab, wählte ich noch immer die Gedanken, die die Unterredung mit dem Rittermeister in mir wachgerufen hatte. Ich sah mein früheres Leben mit all seinen Widerwärtigkeiten, sah mich im Dreck und Speck, irgendeiner Landarbeiterexistenz verkommen, dachte an die Mark, die ich zuletzt noch als kümmerlichen Wochenlohn ausgezahlt erhalten hatte, erinnerte mich, wie ich qualterst, noch als Kind, mit hungrigem Magen auf das hellerleuchtete Herrenhaus gestarrt hatte, hinter dessen Fenstern der Herr Baron ein sorgloses Leben führte. Und da wagte dieser Mann hier neben mir von dem sorglosen Leben dorer zu sagen, die keine Arbeit hatten? Er, der das gleiche Herrenleben führen durfte wie die vielen Excellente auf dem Lande, die ich auf meinen Fahrten kennen gelernt hatte! Wie hätte ich ihnen so gern einmal die Wahrheit sagen mögen! Ihnen ins Gesicht schreien mögen, wie ich sie haßte, wegen ihrer empfindlichen Herzensfälle und Gleichgültigkeit haßte! Eine Mut überkam mich auf diese ganze Bekrante und ordnungsgemähte Gesellschaft deutscher Edelfinge. Warum zog nicht auch einmal ein Sturmgewitter über sie daher? So wie ich, auf die Landstraße gehend, an anderer Leute Türen anposten zu müssen, ums Stück Brot zu erdelteln, — das wünschte ich ihnen aus ganzer Seele. Da würden sie bald ihren Hochmut verlieren. — Der alte v. Bl. fragte mich, ob ich nicht nach das schöne Koburg, die Stadt der Füllten besuchen wollte. Ich erkundigte mich darauf nach dem Hofmarschall v. Reilsleben, dessen Sohn ich in Heidelberg kennen gelernt hatte. „Wie, Königliche Hoheit, den kennen Sie auch?“ — „Ja, bin mit ihm in einer Kartellverbindung meines Korps,



# Wandern und Messen

## Weihnachts- und Silvesterfahrten

Verhältnismäßig wenige bringen es fertig, an den Feiertagen des Winters aus der grauen, öden und meist schmutzigen Großstadt zu verschwinden, um draußen zu wandern und nach ihrer Art zu feiern. Kein, da muß man sich unbedingt den Magen mit allerhand Leckerereien und allerlei Getränken füllen, um dann froh zu sein, daß er zum Silvester wieder gebrauchsfähig ist. Viele meinen auch, so eine Winterfahrt koste zu viel und berechnen nicht das, was sie für ihre „Magenfreunden“ ausgeben. Dafür kann man getrost der Stadt den Rücken kehren, um dann reich an Eindrücken, lange an lothbaren Feiertagen zu zehren. So frage auch ich dich, Leser, hast du schon einmal in der Weihnachtsnacht all den Ballast einer Stimmung, die dich einfließen soll in den Zauber einer christlichen Kirche, hinter dir gelassen und draußen gestanden in der weiten, schneebedeckten Natur? Kennst du die glühende Pracht eines Waldes im Raureis? Um wieviel schöner ist doch diese als der, dahel die Schönheit vorläufigen sollende Baum. Wer es nun einmal versuchen will, hinauszuwandern, dem sollen nachfolgend einige Winte und Vorschläge gemacht sein. Auch der Schneeschuhläufer soll nicht vergessen werden, hat er es doch viel leichter, einzudringen in den winterlichen Wald, kann er doch seine Bretter nützen zu einer Wanderfahrt bergauf, bergab. Vergleich aber nie, auch einmal am Abend aus dem Quartier zu gehen, auf des Dorfes nächste Höhe, um dich zu freuen an dem unteilbaren Wintersternenhimmel. Wer sich aber frei machen kann und die ganze Woche feiert, was uns Proleten selber in den seltensten Fällen möglich ist, der wird mehr davon haben, als von 14 Tagen im Sommer; ist doch im Winter die Luft viel reiner und wirkt deshalb doch die Strahlung der Sonne viel mehr.

Wenn der Schnee günstig liegt, kann man schon am Hange des Böhmerwaldes zwei schöne Wintertage erleben. Mit dem Sportzuge (Sonntags) 14,12 Uhr oder 16,10 Uhr fährt man nach Annaberg (Sonntagskarte 0,60 Mark), mietet sich dort ein und kann am nächsten Morgen zur Rodelbahn am Böhlerberg gehen. Zu schnell werden die Stunden verfliegen sein, so daß man kaum Zeit findet, einmal den Berg ganz hinauf zu klettern und herunterzueilen auf die verschneite Stadt. Will man am anderen Tage noch ein Stückchen wandern, so geht es um den Böhlerberg herum nach Geyersdorf, den Markweg nach Mildenau und im Ort aufwärts bis zur 2. Mühle. Hier links abbiegen in Richtung Arnfeld zum Kaufmannshaus. Im Naturfreundehaus Kaufmannshaus kann man sich wieder auswärmen, wenn der Wind auf der Höhe sein Lied gar zu sehr gepfiffen haben sollte. Von hier ist die Bahn in Rieder Schmeldeberg in 2 Stunden bequem erreicht. Abfahrt 18,18 Uhr. Bis Wollenstein nach 18,51 Uhr. Ab Wollenstein mit Sportzug 20,00 Uhr, an Leipzig 22,55 Min.

Von Annaberg aus fährt es sich dann noch sehr fein wandern, wenn man erst nach Königswalde und von dort am Condoppelbach aufwärts ins Annaberger Rastholz geht. Unter Eis verborgen der glühende Bach. Eine Steinplatte dient als Brücke, um auf die linke Seite des Baches zu kommen. Der Wald ist zu Ende und dem Wanderer bietet sich von freier Höhe ein Rundblick auf Böhlerberg, Wärenstein, Fichtelberg, Keilberg und Spitzberg. Vor ihm liegt hart an der Grenze Jöhstadt (4 Stunden). Wer gleich am ersten Tag hierher wandert, kann am 2. Tag

im Schwarzwassertal (Grenzauweis!) immer im Walde über Schmeldeberg in Böhmen nach Hammerunterwiesental wandern. Rückfahrt 17,59 Uhr und 18,34 Uhr. Kommt man erst am 2. Tag nach Jöhstadt, so wandere man im Fichtelthal abwärts bis Schmalzgrube oder Steinbach, wo 17,43 Uhr und 17,58 Uhr der Zug bestiegen wird.

Mit Sonntagstarke nach Johannegeorgenstadt (6,50 Mark) verläßt man 14,50 Uhr oder 17,10 Uhr Leipzig. Man bleibt in Aue zur Nacht und fährt am nächsten Morgen 8,02 Uhr bis Blaumental. Im Bodental aufwärts bis Zimmerfächer, um nun entweder im Tal der kleinen Bodau und im Hüllengrund, später rechts aufwärts gehend den Gipfel des Auersberges, oder bequemer in der bisherigen Richtung weitergehend, nach 7 Kilometer Weges im Tal der großen Bodau Wildental zu erreichen. In Oberwildental heim der Naturfreunde. Dann über die Sauschwemme zum Gipfel. Von Wildental führt ein steiler Weg direkt zum Turm. Über Steinbach gelangt man nach Johannegeorgenstadt. 8 Stunden. Hier Abfahrt 19,22 Uhr, an Leipzig 23,47 Uhr. Den 2. Tag benutzt man, um sich die Zeit mit Rodeln zu vertreiben oder einmal einen Ausflug ins Böhmisches zu unternehmen. Hirschenstand und Platten sind hier beliebte Ziele.

Eine schöne Silvesterfahrt sei nachfolgend skizziert. Ab Leipzig 17,10 Uhr, ab Aue 22,07 Uhr nach Blaumental. Dann in zwei Stunden den Mittelweg zwischen dem kleinen und großen Bodau hinauf zum Auersbergshaus. Nicht lange wird es einen im Gasthaus halten, es zieht uns wieder hinaus in den silbernen schimmernden Wald mit seinen gespenstlichen Schatten. Reis trittst dann der Schnee unter den Füßen, wenn der Abstieg über die Sauschwemme beginnt. Hier kann man den Weg schwer verfehlen, und bald blitzen die Lichter von Steinbach herüber. Wenn andere dann erst beginnen, ihren Rausch auszuschlafen, kommt man hinunter nach Johannegeorgenstadt, wo von der schmuden Jugendherberge schon frohe Lieder heraufschallen.

Nun aber den auf Schneeschuhen Wandern den noch einige schöne Fahrten im Erzgebirge. Mit Sonntagstarke nach Johannegeorgenstadt-Oberwiesenthal, 7,40 M. Von Johannegeorgenstadt zum nahen Brettenbach und hinab ins Schwarzwassertal, dieses aufwärts über Jungensberg, dem Kammerdörf Seisen und die Försterhäuser nach Gottesgab (20 Kilometer). Dann hinauf auf den Keilberg und später in schöner Fahrt hinab nach Oberwiesenthal. Am 2. Tage mit den Brettern eine herrliche Waldfahrt von fast unberührter Schönheit zu unternehmen. Karte und Kompaß gehören dazu, wenn es nun über Stolzenhain nach böhmisch Schmeldeberg zum 999 Meter hohen Spitzberg geht. Nordöstlich fahrend kommt man dann an der Roderschmelde ins Fichtelthal, um dann auf der Staatsstraße nach Sahunng und zum Hirslein zu fahren. Wieder abwärtsleitend ist man bald in Steinbach und tritt von hier aus die Heimfahrt an. Es ist aber auch schön, vom Spitzberg nach Jöhstadt und über den Rösberg und Bärenstein nach Cranzahl zu fahren.

Wer an die Feiertage noch einige weitere Tage anhängen kann, dem soll hier ein Wint gegeben werden, wie er mittels der Heime des L. W. „Die Naturfreunde“ eine K a m m w a n d e r u n g mit Schneeschuhen machen kann. Es sei aber darauf hingewiesen, daß es wohl nicht möglich sein wird, für die Feiertage selbst noch Quartier zu finden.

Anschließend an die obige Fahrt bis zum Spitzberg fahre man dann hinab nach Fichtelthal und Rieder Schmeldeberg, biegt hier gleich am Anfang des Ortes links in eine neben der Bahn laufende Schneise ein und fährt dann am Ausgang des Waldes nach Sebaßiansberg hinüber. Nun folgt man dem Kammweg rechts nach Bernau und dem Naturfreundehaus in Geyersdorf ein. Der nächste Tag bringt dann eine Kammtour mit ihren Reizen. Der Anschluß an den Kamm ist, nach Norden fahrend, bald erreicht, und nach schöner Fahrt bergauf, bergab über Gebirgsneudorf, Böhmisches Einfeld und Gähren gelangt man nach Fienh. Hier links den Kammweg verlassend ist bald

Mohrdorf erreicht, wo unweit vom Gasthof sich das Heim befindet.

War dieser Tag etwas anstrengend, so ist dafür der nächste um so leichter. Führt doch nun der Weg hinüber nach Moldau und Bahnhof Rehefeld. Am Hotel Weitin vorüber ist bald das Wipeltal erreicht. Dieses abwärts und an der Strahengelung hinauf nach Bärenfels. Wieder hinunter ins Weichertal und in diesem bis zur Buschmühle. Hier nun rechts den Berg hinauf zum Naturfreundehaus in Dönschte. Wer hier in dieser Gegend mit ihren mannigfaltigen Ausflugsmöglichkeiten nicht zu halten ist, kann weiterwandern und fährt am Gasthaus Hirschsprung vorüber nach Altenberg und Jinnwald. Derjenige aber, dem ein Umweg nicht zu viel ist, fährt nach Oberbärenburg und Schellerhau, um dann auf schönem Waldpfad am Lugsteinhof vorbei in Jinnwald die Grenze zu erreichen. Dem Kammweg nun wieder folgend ist er dann schnell am Müdenzümmen. Das Kammzeihen ist dann auch am anderen Tage der Führer durch die Tassier Wände auf den Hohen Schneberg. Wer nicht erst hinauf will, fährt bequemer auf der Bezirksstraße weiter, bis er auf das Wegzeihen zum Forsthaus Königsühle trifft. Diesem folgt er am Gasthaus vorbei zum Hirslein und dann, der blauen Markierung folgend, nach Schöna. Kurz vor dem Ort rechts abbiegend, erreicht er in wenigen Minuten das Haus am Hirslein. Von hier hinab zur Bahn ist eine Stunde zu Fuß. Bei günstigen Schneeverhältnissen ist es aber auch möglich, noch um die Kaiserkrone herum nach R. Lypen und Schandau zu sporteln. Da außer in den Heimen am Müdenzümmen und Hirslein ein Hüttenort nicht anwesend ist, so muß unbedingt ein Ausweis mit Photo mitgenommen werden, um die Hüttenhütten bei den Verwaltern der einzelnen Hütten zu bekommen. Auf der Karte kann jeder nach der eben skizzierten Tour feststellen, wo er abbrechen muß, wenn seine Zeit es nicht erlaubt, die ganze Fahrt zu machen.

## Weihnachtsverkehr

Anlässlich des Weihnachtsfestes werden von Leipzig aus zu den nachstehend aufgeführten Zügen Vorzüge gefahren, die allgemein 10 Minuten früher verkehren als die Hauptzüge: Der um 10,02 abgehende D 242 wird am 23. und 24. Dezember bis Oberhof-Weinungen durchgeführt. Weiter verkehren Vorzüge zum: Pz 876 nach Eisenach ab Leipzig 10,23 am 24. Dezember, Pz 858 nach Erfurt ab Leipzig 13,32 am 23. und 24. Dezember, Pz 872 nach Erfurt ab Leipzig 18,18 am 23. und 24. Dezember, BP 848 nach Münden ab Leipzig 20,00 am 22. und 23. Dezember, BP 847 nach Berlin ab Leipzig 10,06 am 24. Dezember, E 9 nach Berlin ab Leipzig 13,32 am 24. Dezember, BP 490 nach Altona ab Leipzig 23,00 am 23. und 26. Dezember, D 144 nach Hannover ab Leipzig 9,51 am 24. Dezember, Pz 498 nach Magdeburg ab Leipzig 14,35 am 24. Dezember, Pz 468 nach Stendal ab Leipzig 12,10 am 24. Dezember, Pz 476 nach Magdeburg ab Leipzig 17,11 am 24. Dezember, Pz 711/521 nach Saagan ab Leipzig 6,50 am 23. und 24. Dezember, Pz 717/499 nach Falkenberg ab Leipzig 15,48 am 24. Dezember.

Südharz-Eisenbahn. Eine günstige Sonntag-Verbindung von Leipzig nach Braunlage i. B. ergibt sich durch eine Fahrplanänderung der Südharz-Eisenbahn. Abfahrt Leipzig 4,56 Uhr über Halle-Nordhausen-Walkenried, ab Walkenried 8,38, an Braunlage 9,44 Uhr.

Besucht Sachsen im Winter. Ein künstlerisch wertvolles Werbeblatt: Besucht Sachsen im Winter, hat der Sächsische Verkehrsverband herausgegeben. Das Werbeblatt ist kostenlos zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Sächsischen Verkehrsverbandes, Leipzig, Gellertstraße 10.



# Denke daran!

In den Mußestunden der Feiertage raucht man mehr als sonst. Daher sind Cigaretten gern gesehene Geschenke. Wir bringen unsere neue Rarität, die Lieblingsmarke so vieler Gatten, Brüder und Freunde, in einer künstlerischen Weihnachtspackung zu 50 Stück.

Es ist so leicht, einem Manne Freude zu machen! Legen Sie „Ihm“ auf den Weihnachtstisch

die neue  
**RARITÄT**  
IN ORIENT-FACON  
in künstlerischer Weihnachtspackung  
50 Stück M. 2.-

Jeder Packung unserer Marken „Rarität“ und „Moeca“ (ebenfalls in Weihnachtspackung zu haben) liegt eine unserer Halpaus-Olympiakarten bei. Auch hiermit können Sie Sammlern eine kleine Freude machen.

## Der Sprechchor als Notwendigkeit

Wenn man sich mit der Frage nach Wert oder Unwert des Sprechchors beschäftigt, und das ist ja schon oft und von mancherlei Seiten her geschehen, dann hat man es immer noch zu wenig beachtet, daß die Sprechchöre ja niemandes Willkürprodukte sind, sondern daß sie ihre Form aus Grund innerer und äußerer Notwendigkeiten gebildet hat. Daß es also nicht bei uns steht, ob wir sie haben und behalten wollen, sondern daß sie zu uns gehören und wir zu ihnen.

Es ist zwar ganz richtig, daß der Ursprung des Dramas auf Chor und Wechselchöre zurückgeht, daß im klassischen Drama der Gesang die Sprechchöre aus dem Chor und über den Chor hinaus wuchsen und daß diese oft unterbrochene Entwicklung zur Darstellung individueller Schicksale, die freilich wieder viele berühren und bewegen müssen, im Drama der neuesten Zeit geführt hat, und auch in Zukunft weiter führen wird. Aber es handelt sich in diesem Zusammenhang ja gar nicht um das Drama als eine zweckbestimmte Kunstform, die auch in jeder künftigen, die vor allem gerade in der sozialistischen Gesellschaft (also in einer solchen, welche die Klassen-gegensätze aufgelöst hat, sich mit ihnen folglich nicht mehr zu beschäftigen braucht), das allgemeine Menschliche wieder im Schicksal des Einzelnen aufsuchen wird.

Für uns heutige geht es ja demgegenüber gerade um das Theater als ein Mittel der Propaganda, als einen Boden des Klassenkampfes. Gewiß kann das Drama auch in seiner individuellen Form die aktuellen Klassengegensätze darstellen, es kann sie sozialgenau analysieren, sehr wohl im Sinne einer bestimmten, also im Sinne unserer Tendenz, nur zur Not aber im Sinne einer bestimmten, also im Sinne unserer Propaganda. Gerade das proletarisch-revolutionäre Drama ist sehr leicht, wenn es Klassengegensätze in Einzelchiffren und individuellen Konflikten darstellt, einer durchaus sozialistischen Ideologie: Es stellt den einzelnen bösen und niederträchtigen Kapitalisten, dem einzelnen edlen und hochmütigen Arbeiter gegenüber. Es dreht sich dann die alte, im Grunde so reaktionäre Methode der Schwarz- und Weiß-Maler. Ja, es muß so betreiben, wenn es der wirksamen Propaganda dienen und nicht nur ein bloßes Problemstück mit einer tiefen Tendenz für Literaturfreunde sein will.

Hier liegen die großen Vorzüge des Sprechchors im Sinne unserer sozialistischen Propaganda. Vorzüge, sowohl ästhetischer wie praktischer Natur, denn gerade der Sprechchor ist ja auch die Form der Bühnendarstellung, bei der durch ungeschulte Spieler, wie sie einzig uns auf die Dauer zu Gebote stehen, (solange wir nicht über eine große Schaar sozialistischer Schauspieler, und über die materiellen Mittel, um sie zu beschäftigen, verfügen), bei denen lange durch Dilettanten aus unserer Reihen nicht notwendig das unzulängliche Ereignis wird. Vor allem aber ist hier, wo Gruppen gegen Gruppen gestellt werden, wo der Einzelspieler meist nur als symbolische Figur, also wieder als Repräsentant einer Gesinnung, einer Klasse oder einer Zeit auftritt, jede propagandistische Färbung, jede Gegeneinanderstellung von Schwarz und Weiß erlaubt, denn hier haben wir ja keine Psychologie der Individuen zu treiben, sondern wir können im Symbol und im Typus uns mit der direktesten Darstellung ökonomischer Gesetze begnügen: Ein Marxismus in Versen ist also auf dem Gebiete des Sprechchors durchaus nichts Unmögliches.

Man kann die neueste dramatische Arbeit unseres Bruno Schoenlank dafür als Beispiel nehmen. „Mag auch sein Sprechchor: Der gepaltene Mensch“, durchaus noch nicht das sein, was ich mir unter einem Marxismus in Versen auf dem Boden des Sprechchors ganz ernstlich vorstellen kann; so ist es doch wohl möglich, die fünf Bilder dieses Stückes für bewegten Chor, die eigentlich andere Titel haben, statt aller Nachzählung ihres Inhaltes durch Nachdrucke solcher Art zu kennzeichnen, wie sie der Wirtschaftskritiker von heute häufig anzuwenden pflegt. (Der Tatsache, daß es gerade ein auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik tätiger Genosse war, der sich um die Zustandekommen der Leipziger Aufführungen besonders verdient gemacht hat, mag bei dieser Gelegenheit schlichterweise anerkannt werden.) Gerade dem, der es gewohnt ist, auch unter den Gesichtspunkten von Literatur und Theater an solche Dinge heranzutreten, bietet es besonderes Vergnügen, wenn er erkennt, daß hier ein farbiges, vielfältig bewegtes, Tanz- und Sprechspiel vor phantastischen Prospekten und in herdenhaften Kostümen es doch erlaubt, den Inhalt seiner fünf Teile etwa folgendermaßen zu kennzeichnen: Das Taylor-System — Die Erwerbslosenfrage — Klassenverrat — Imperialismus der weißen Rasse — Amerikanismus der Kultur.

Die diese Inhalte tänzerisch oder im Sprechchor der Gruppenchöre dargestellt werden, das zu erklären, ist schon zur Betrachtung der von Elisabeth Göhlsdorf im textlich-dramaturgischen Sinne und von dem Laban-Schüler Witow im Sinne einer tänzerischen Gruppenregie betreuten Leipziger Darstellung im vom W3 erzielten neuen Theater.

Greifen wir Beispiele besonders gelungener Leistungen als Merkmale des Erfolges und Zukunftsträchtigen aus den einzelnen „ökonomischen Studien“: Da war ein immer schneller kreisender Ring von grauen Schatten, die diese zwei Worte „tausendes Band, laufendes Band“ immer schneller im Chore murmelten, bis man nichts anderes mehr als stürzendes Maschinengeräusch aus ihren Mündern zu vernehmen meinte. Da gab es einen Abgang der Arbeitlosen, rechts durch den Bühnenhintergrund, wie durch ein zickiges düsteres Tor, „stempeln gehen, stempeln gehen“, — der so stark wirkte, wie ein Zug der toten Seelen ins Schattenreich. In dem textlich etwas verschwommenen mittleren Bilde war der herein-taumelnde Chor schwärzender Frauen „Selber gelogen, selber verflucht“, mein stärkster Eindruck. Das vierte Bild scheint mir das gelungenste der Dichtung zu sein, und es war auch die härteste Leistung der Leipziger Regie. (Nur die Kapitalklassen kamen, was wir als freundliches Symbol nehmen wollen, obwohl es unbedeutend war, manchmal aus dem Text.) Der Scheinwerfer beleuchtete abwechselnd die Geldherren oben auf dem Globus und ihre Sklaven unten in Hallen und Schlüfen. Auf die weißen Industrieproletarier folgten die schwarzen Objekte des Imperialismus: „Zuletzt sammelt sich gegen die Geldherren der Kolonialchor: „Äßen liebert, Änden groß, China gut“. Im letzten Bilde, das den Amerikanismus der Kultur, nicht Brot und Spiele, sondern Christus und Zirkus, Ärzte eison und Schatzgräberinnen, Beten und Boxen darstellt, war besonders die Aufregung der Zuschauer und der Stumpfheit der Dichter mit den Mitteln tänzerischer Gebärden Sprache vor trefflich dargestellt. Hier mag es freilich sein, daß die ursprüngliche Form des letzten Bildes, das eigentlich „Dämonen“ und nicht „Befreiung“ hieß, die härtere, wenn auch die schwerere war, und daß es möglich gewesen wäre, nach dem ästhetischen Durcheinander der wichtigsten Textorte aller Chöre mit der großen Frage des Einzelsprechers „Gepaltener Mensch, gepaltener Mensch, wann findest du dich wieder?“ zu schließen, worauf dann noch der von einem einmarschierenden Chore und von den Zuschauern gemeinsam getragene Gesang „Wider zur Sonne“ die rechte Antwort und einen starken eindringlichen Nachhall bringen konnte.

Es bleibt nur noch freundliche Anerkennung und Bewunderung dafür übrig, wie hier mit zusammengebrachten und zusammengeordneten Kostümen schöne und einheitliche Wirkungen gelangen, und wie man auf der einfachen Treppe- und Gerüst-Bühne mit sorgfältiger Lichtarbeit und guten künstlichen Einfallstrahlen (wie etwa im Hintergrunde der Spitze Winkel beim Tanzbild, der stumpfe beim Scheinwerfer) geradezu Verblüffendes leistete.

Wenn also dieser Aufwand in keinem Sinne verlan war, so ist es besonders erfreulich, daß er sich einmal durch weitere Auffüh-

rungen im Januar befohlen machen wird, wichtiger noch, daß sich in der Freude am gemeinsamen Werk hier eine Schär vor nun schon geschulten Ballettmeister zusammenfinden hat, die für künftige Aufgabe in möglichst dauerndem Zusammenhang und damit in gesteigerter Aktionsfähigkeit zu erhalten, zu den vornehmsten Aufgaben unserer Kunststoffe gehören wird.

## Goldgräber im Himmel

Eine wunderbare amerikanische Goldgräberanecdote wird im Berliner Börsen-Courier erzählt: Ein Goldgräber war gestorben. Als er frohgemut der Himmelfahrt näher kam, stellte sich ihm Petrus in den Weg: er könne ihn beim besten Willen nicht mehr einlassen; zu viele Goldgräber gäbe es nun schon hinter den Sternentoren; er bedauere es ja sehr, aber die Quote sei bereits überschritten.

„Und wenn ich die ertliche von den Goldgräbern wieder hinaus-bugiere?“, meinte der um seine Glückseligkeit besorgte Bewerber und sah Petrus treuherrig in die Augen. „Gib mir Gelegenheit, und ich werde dir sehr viel Platz schaffen.“

Sankt Peter fand Gefallen an dem Vorschlag und mehr noch an der Aussicht, viele dieser rauhen Gesellen los zu werden. Also ließ er ihn ein.

Einmal im Himmel, war der Neugekommene sehr geschäftig. Wo immer er eines Goldgräbers anständig wurde, nahm er ihn bei-seite und flüsterte ihm ins Ohr:

„Hast du von dem großen Goldabergfund in der Hölle gehört? Junge, du müßtest Augen machen wie ein Wasserbüchse!“

Sehr schnell begab sich da ein wilder Auszug aus den Himmels-toren. Petrus war voll Entsetzen über dieses Wunder. Der Plan des Schläubergers schien zu wirken. Der Neue war schließlich der einzige Goldgräber in den himmlischen Gestirnen. Und es schien alles schön und gut.

Allein nach ein, zwei Tagen wurde er unruhig. Ein weiterer Tag — da schickte er sich nach aus der Hölle.

„Was ist denn los?“ rief Petrus, der ihn bemerkte. „Wo willst du hin?“

„Ich — ich gehe — ebenfalls zur — Hölle. Ich überlege mir, es könnte doch was Wahres an der Geschichte sein,“ meinte der Goldgräber und winkte, weitergehend, Lebwohl. B. F. V.

## Die Geschichte eines Sexualfilms

Auch Filme haben ihre Schicksale. Das Schicksal des Films „Gefesse der Liebe“ wirkt aber schlaglichter auf die Stillschaltung unserer heutigen Gesellschaft. Die Geschichte dieses Films soll deshalb hier in Kürze erzählt werden.

Unter Mitarbeit des Instituts für Sexualwissenschaft, dessen Vorsitz über dem berühmten Dr. Magnus Hirschfeld ist, hatte Dr. Bed unter Aufwand von viel Zeit und viel Geld einen Film geschaffen, der mit großer Anschaulichkeit das Liebesleben und dessen Gesetze im Pflanzen- und Tierreich zeigt. Durch diesen Film sollten u. a. auch die Zwischenstufen in der menschlichen Gesellschaft verdeutlicht werden. Hier herrschen nicht allein physische, sondern in noch viel höherem Maße psychische Gesetze der Liebe. In welcher Weise sich diese psychischen Gesetze bei unserer heutigen Gesellschaftsordnung und unter dem heutigen Strafgesetze auswirken, sollte ein Auschnitt aus dem Leben der Homosexuellen zeigen. Dieser letzte Teil des Films konnte auch als Propaganda gegen den § 175 des Straf-gesetzbuches aufgefaßt werden.

Was sagte nun die Filmzensur zu den „Gesetzen der Liebe“? Entgegen dem Gutachten des Sachverständigen gestattete die Film-zensur einstimig die Vorführung des Films. Der Vorbeside legte aber selbst bei der Obersten Prüfstelle Beschwerde gegen diese Entscheidung ein. Die Oberste Filmprüfstelle verbot darauf den Spielfilm. Dr. Bed arbeitete den Film um. Die Oberprüfstelle ließ es nicht allein bei ihrem Verbot, sondern erstreckte dieses auch auf die Darstellung der menschlichen Zwischenstufen. Nun wurde der zweite Teil zum dritten Male umgearbeitet und diese Neu-bearbeitung einem geladenen Publikum vor einigen Tagen vor-geführt.

Bei dieser Gelegenheit erhielt man auch die Entscheidung der Filmprüfstelle in die Hand gedrückt. Man staunte vor der mittel-alterlichen Auffassung der Herren. Die Homosexualität wurde hier als Verwerflich gebrandmarkt, deren Verbreitung durch eine Propaganda der homosexuellen Ideen im Film um sich greifen könnte. In diesem Sinne geht es zellenlang weiter. In Wirklichkeit kann aber gegen diesen zweiten Teil des Films nur der eine Einwand erhoben werden, nämlich, daß er tatsächlich künstlerisch nicht auf der Höhe ist, daß er das Problem der Homosexualität vereinfacht, die psychischen Folgen nicht in ihrer ganzen Komplexität vor Augen führt. Unter allen Umständen trägt er aber die Filmprüfstelle Wägen, die behauptet, daß er eine Propaganda der Homosexualität darstelle. Der Vorwurf, der ihm gemacht werden kann, ist, daß er als Propaganda-mittel gegen den § 175 nicht wirksam genug ist.

Zum Schluß betam man den 4. Akt des bereits vor einigen Jahren hergestellten Stumm-Bildes zu sehen. Da konnte man sich überzeugen, welchen Rückschritt die Freiheit der Film-darstellung seit damals gemacht hat. Jetzt ist dem Dr. Bed die Darstellung der Zwischenstufen verboten worden; im Stumm-Film werden sie in ihrer ganzen Deutlichkeit gezeigt. Für die Stillschaltung der heutigen Gesellschaft gibt es eben weder Grenzen noch Ge-sehe.

## Kleine Chronik

Jugendbücher des Verlags Neue Gesellschaft. Gerade vor Weihnachten, wo wir oft im letzten Augenblick nach einer Gabe suchen, die unzerstörlich und leichteren Fortemommezeit er-schwinglich ist und doch Freude macht, dauernde Freude, weise ich auf die kleine neue Jugendbücherei hin, die der Verlag Neue Gesell-schaft herausgibt. Handliche kleine Bücher in einem ganz eleganten Gesellenband 175 M., aber sehr hübsch und freundlich auch kar-toniert für ganze fünfund-zwanzig Pfennig. Ich glaube nicht, daß sich etwas gleich Feines für den gleichen Preis irgendwo auf-treiben läßt. — Da sind Auswahlen aus Heine's und Tolstoj's von dem tapferen Hottischer, damit ich meine besonderen Freunde mit Bildern eines alemannischen Holzschillers und Arbeiters. Adolf Dietrich heißt er und malt eine Welt, die mit lo-blicher Weisheit und sozialer Schönheitsfreude gelassen und er-lebt ist, daß einem warm und fröhlich und anhängig darüber zu-mutet wird. — Der Verlag hat noch ein anderes kleines Buch herausgegeben: „Der Arbeiter in der bildenden Kunst“. Das ist nun wohl ein gar zu großes Thema, um es auf wenige Wör-tern zusammenzufassen. Schöne Bilder von neuen Künstlern und die Bilder oft in einem viel zu kleinen Format, daß sie ganz ihre Wesen und ihre Wirkung in dieser Verkleinerung einbüßen! So sollten wir es lieber nicht versuchen; und auch nicht mit solch ge-lährten Einführungen und Erklärungen, liebe Genossen! Margot Nieß, die diese Bilderbücher herausgegeben und ihren Text ge-schrieben hat. Es ist sicherlich schwer, mit einfachen Worten über die großen und ernsten Dinge des Lebens — zu denen auch die Kunst-gehört — zu reden, und wir setzen alle manuskripten darin. Über-über die Arbeiterbilder und über diesen dauerlichen Arbeitermaler, da müßte es doch möglich sein, so zu reden, daß jeder es versteht.

Aber auch so wie sie sind, sind die Bücher aus reiner und herzlicher Absicht gegeben, und sie können und sollten manchem jungen — und alten — Proletarier die dunkle Sonnenwendfeier heller und fröh-licher machen. H. S.

Die dauernde Kritik der Berliner Volksbühne. Nach der Aus-stellung Piscators ist nun auch der künstlerische Direktor der Ber-liner Volksbühne, Fritz Hoff, ausgedroht worden (vom Herbst 1928 ab), und es verlautet, daß er gar nicht ersetzt werden, sondern daß seine Befugnisse dem geschäftlichen Leiter, Heinrich Pfeil, dem Exponenten eines ausgesprochenen Kunstpotatismus, über-tragen werden sollen. Dazu hat man auf eine sehr fragwürdige Art alle Anhänger der Opposition aus dem künstlerischen Ausschuß, der verkleinert wurde, hinausgeschickt, bis auf den einen Alfred Wolfenstein, der daraufhin von selber ging. Die Aussichten für eine gezielte Entwicklung dürften also dem Nullpunkt sehr nahe kommen, wenn man sich nicht bald eines Besseren besinnt.

Revolutionärsausstellung in Paris. Am 27. Januar wird in der Pariser Galerie Nazarine eine Ausstellung der französischen Revolu-tion eröffnet werden. Sie soll einseitig und selbststän-dig aus der Geschichte der französischen Revolution, aus ihren militärischen, politischen und kulturellen Aus-wirkungen folgen und bis zum 7. März dauern. Der Inhalt der Aus-stellung ist der Übergang der Organisation der französischen Biblio-theken in ein neues System.

Das neunte Gewandhauskonzert zeigte ein sehr reichhaltiges Programm. Zwischen drei Instrumentalwerken verschiedensten Ge-präges sangen die Thomayer Soubrette von Äitern und neueren Meistern. Strauß brachte eine vorzügliche Auswahl Weihnachts-lieder, von denen Georg Schumanns „Wiegenlied“ für Chor und Soli von dem kleinen Hermann Mau glänzend gelungen wurde. Auch das humorvolle Lied von dem Dresdner Draufste, „Die Heinsel-männchen“ wie die Gesänge der Äitern Meister Heiden, Schein, Hasler, Orlando di Lasso, Joh. Farmer waren hochvollendete Leistungen. Dieser Chor hat ein solch ausgewähltes künstlerisches Material, diese prachtvollen Tendenz- und weltliche Wäse darin! Furtdwängler leitete das Konzert mit dem D-Dur-Concerto grosso des Bach'schen Zeitgenossen Gottfried Heinrich Stölzel ein. Es ist ein Werk im Handstilk, kraftvoll und frisch, mit zwei kleinen Orchestern, besteht von je drei: Trompeten, einer Posaune, Oboen, Fagotten und Streich. In diesem kurzen Werke konzentriert die Trom-peter ihre Passagierkunst aufs Beste zeigen. — Wunderbar schmeckte sich zwischen die Gesänge die „Kleine Abendmusik“ für Kammer-orchester von dem einheimischen Neutöner Hermann Graeber ein. Das Werk hat in seinem Aufbau den modernen Minimalcharakter und schmeckelt sich leicht ins Ohr und Herz. Der mittlere „Magio“-Satz ist schwerfällig im Gegenlag zum ersten „Ständchen“ und dritten „Zapfenstreich“. Diese beiden sind voller Humor, farben-reich und im Abschlus fest. — Den Ausklang gab die große Ton-bildung „Allo! Prah! Paratuh!“ von Richard Strauß, deren große impetante Aufmachung von Furtdwängler und vom Orchester in höchster Vollendung herausgebracht wurde.

„Der Garten des Paradieses“. Zwei Sonntagsgesellschaften von J. Anker Laxen. Deutsch von Gustav Morgenstern. (Verlag Breitkopf u. Co., Leipzig und Zürich.) — Die erste und größere „Ge-schichte“ (Die Buch) hat Art und Stimmung eines Andersen'schen Märchens. Aber sie ist kein Märchen und auch eigentlich keine Ge-schichte; denn es geschieht nichts in Wirklichkeit, wenigstens nichts vor den Augen des Lesers. Die Ereignisse sind sozusagen als hinter die Kulissen verlegt, und man sieht nur ihre Spur auf dem Herab- oder der Seele eines Menschen, dem die sonnige Welt schon in früher Kindheit einen Schimmer von dem wahren Gold des Lebens vorgegaukelt hat. Aber er vertritt selbst sein Leben, indem er stets tut, was „man soll“, und er wird ein alter Mann, bis er einmal im Wachen träumt, daß er gelobt ist und vor Gott tritt. Der fragt: „Wo ist Meise?“ Hier, und dies ist meine Predigtansammlung. „O mein“, sagt der Herr, „das ist der Herr Pastor, und der ist tot, wenn er stirbt; denn ich habe keinen Teil an ihm, ich schaffe Leben, aber ich habe nie eine Lebens-erstellung geschaffen. Wo ist der kleine Lebendige Meise?“ Ich mußte an das Gleichnis von den anvertrauten Pfunden in der Christenbibel denken, aber nicht, wie es der Herr Pastor in der Kirche auslegen würde: „Macht Ueber-stunden, aber verlangt keinen Lohn dafür; denn sonst seid ihr nur schlechte Knechte, die nur tun, was sie zu tun schuldig sind.“ Sondern so: daß das Unvermeidliche, was „man soll“, die Berufsarbeit, nicht das lebendige Leben in uns überwiegen darf; so müssen wir „werden wie die Kinder“, sonst sind wir bei lebendigem Leibe tot. Die Ueberhebung aus dem Dämonen liest sich wie ein Original, nicht wie eine Uebersetzung. Die zweite, kleinere „Geschichte“ (Wu-men des Paradieses) ist harmlose Nachtröpferei. K. C.

Altes Theater. Als Weihnachtsneuheit wird das Lustspiel „Grotti“ von Alexander Berner u. Hofen in Vorbereitung, das zu Weihnachten auch in Berlin und an 21 anderen Bühnen im Reich gespielt wird.

## Filmschau

Vom Starfilm bleibt nichts übrig, wenn man die überragende Leistung seines einzigen großen Schauspielers abzieht. Man glaubte ihn durch die Russen glückselig überwunden. Er lebt noch. Aber auch der groß angelegte Weg a l'en Patisch e über-zugt nicht von seiner Notwendigkeit. Jannings ist der vollbärtige Spieler, hat sechs Kinder gezeugt, beizet sie väterlich, müllert morgens vor dem Wachen, müllert abends mit ihnen. In seinem Amt als Hauptkassierer einer Bank macht er nach oben den Buckel krumm, nach unten fällt er auf die Autorität seines Ranges. Manahmal schließt er Regel. Es überrascht nicht, daß der große Schauspieler Jannings aus dieser Rolle eine dastereckliche Köst-lichkeit macht, und er entzückt nur gar, wenn er im Witzwort seiner Bank verweilt und auf der Bahn in die Recke eines Filzschuhs ge-rät. Dabei geht das ihm anvertraute Geld stößen und er ritzt. Allerdings nur für seine bisherige Umgebung. In Wirklichkeit lebt er als unbekannter Bettler weiter. In der höchsten Welt des Weis-nachdenkens karriert er durch die Freistimmen des Bankiers sein ehe-maliges Familiengeld an und wird grauam von einem Schaus-mann weggeführt. Auch als Bettler heißt Jannings der große Schauspieler und rührt sentimentale Frauenherzen zu Tränen. Aber gerade die zweite Hälfte verwirrt dem Film das Recht, ein „Spitzenfilm der Weltliteratur“ genannt zu werden. Als nach der kostbaren Spiegeleinsicht das Kassenmonstrum des Schundfilms auf die Landwand kommt, wird man schon verstimmt, aber der nach Helldarmee-Philosophie und Bürgerlichkeit jugendliche Schmeckende Schluß, bei dem höheres Schludzen durchs Theater rühflich, wirkt einfach peinlich. Blatt der Hausfrau, ins Natura-listische übertragen (Witria und Röhrenpfeifen).

Zwei Wildwestfilme, neu dapon Katala, der indianische Held der goldenen Berge. Aufregende, filmlich lauber und span-nend gestaltete Erlebnisfälle eines Goldsuchers und Böhanten und Indianern. Edelmut einer Rothaut — ganz wie bei Karl May. (Kafano.)

Ein Bild aus der Zeit der ersten englischen Missionärs-Aus-wanderungen nach Amerika. Der Charakteristischer, Buchstabe. Als Film und auch als Kunstbild interessant. Schöne antiklasi-sche und antiklassikerische Tendenz. Gezeigt durch die große Villa-nische, die als Dufderrin gegen die bürgerliche, materielle Lebensaus-fassung ihre Landbesitzer kämpft und denen der Folgen ihrer reinen, tragischen Liebe öffentlich gebrandmarkt wird. (Universum.) H.





Das Weihnachtsgedicht

Der Junge muß doch ein Weihnachtsgedicht lernen! Freilich macht es der Mutter viel Mühe. Es fehlt auch mitunter die Liebe dabei, wenn er mit seinen Gedanken abwesend ist und die Worte nicht behält.

Und was für Gedichte werden alle vor dem Feste gelernt! Aus alten Vortragsbüchern und Hochzeitsdeklamationsbüchern stammen einige, andere aus allerhand gemüthlichen Familienzeitschriften oder von den Blättern irgendeines Abends.

Für viele Kinder ist das häusliche Weihnachtsgedicht-Lernen die reine Quälerei. In den Schulen werden Verstand und Gedächtnis bereits weitgehend angestrengt, so daß ein Wehr dem Kinde nur schadet.

Wo nicht aus Gedankenlosigkeit althergekommenen Gebrauche mitgemacht werden, ist es vielfach eine gewisse Eitelkeit der Eltern, die sie dazu führt, die Kleinen 'herzagen' zu lassen.

Die Wirkung dieses Lernens auf die Kinder ist verschiedenartig. Durch die Drohung: 'Wenn du nicht ordentlich aussiehst, bekommst du nichts zu Weihnachten!' wird manches Kind ängstlich und stottert selbst bei Strophen, die es kurz vorher noch gut wußte.

Will man in Arbeiterhäusern bei der Weihnachtsfeier ausgearbeitete Gedichte nicht entbehren, so nehme man zumindest solche, die unserer Weltanschauung nicht widersprechen.

Die unterlegene Heilsarmee

Als gestern nachmittag die Aufführung des 'Der gespaltene Mensch' im Neuen Theater beendet war und die Massen auf den Augustusplatz strömten, hatte sich vor dem Weihnachtbaum für alle die Heilsarmee versammelt.

Der entgangene Agitationshappen

Den Leipziger Kommunisten ist ein fetter Agitationshappen entgangen, den sie auf lange Zeit als Parteiführer glauben den Arbeitermassen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie hinwerfen zu können.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion und unsere Zeitung hatten die Kommunisten lange im unklaren darüber gelassen, welche Stellung unsere Genossen bei der Behandlung der städtischen Werte im Stadtverordnetentkollegium einnehmen würden.

In der Sonnabendnummer der SVZ mißt sich nun ein Artikel...

Zum städtischen Wohnungsbau

Vor einiger Zeit haben wir von dem Plane des Rates Mitteilung gemacht, durch Gründung einer 'Städtischen Wohnungsfürsorge G. m. b. H.' die weitere Finanzierung des städtischen Wohnungsbauwerks zu ermöglichen.

Die Gesellschaft soll selbständig für die Finanzierung der zu errichtenden städtischen Wohnungsbauten sorgen, was sie im Wege des Realcredits kann. Sie kann Anleihen bei der Städtischen Sparkasse aufnehmen - was der Stadt für den Wohnungsbau nicht möglich ist - kann aber auch bei Hypothekendarlehen, Versicherungsanstalten und ähnlichen Kreditinstituten Leihgelder erhalten.

Stadtverordnetenfraktion und die Leipziger Volkszeitung nur deshalb gegen die derzeitige Umwandlung der städtischen Werte in eine Aktiengesellschaft, sei, der Mann, redet absichtlich von 'Privatisierung' der städtischen Werte...

Lehrer-Hauptkonferenz Leipzig-Stadt

Am vergangenen Dienstag fand in der Oberhalle die amtliche Jahreshauptversammlung der Volks- und Hilfsschullehrer im Aufsichtsbereich Leipzig I statt.

Gefährdung der Kinder im Straßenverkehr

Nach den Ermittlungen der amtlichen preussischen Todesursachen-Statistik für das Jahr 1925 belief sich die Zahl der durch Verkehrsunfälle im Bereich getöteten Kinder bis zum 15. Lebensjahre auf 633 (473 Knaben und 160 Mädchen).

Die besondere Gefährdung der Kinder durch Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr geht aus diesen Zahlen einwandfrei hervor. Auch in Leipzig ist die Anzahl der Straßenunfälle, von denen Kinder betroffen werden, verhältnismäßig groß.

Museumsführung. In der Ausstellung einheimischer und fremder Tannen, Fichten, Kiefern, Lärchen und Zedern im Naturhistorischen Heimatmuseum am Meißnerplatz (Eingang Porzingsstr. 3) findet Mittwoch, 21. Dezember 1927, eine öffentliche Führung statt.

Soweit diese Mieten für die minderbemittelte Bevölkerung untragbar werden, kann die Gewährung von Zuschüssen zur Ermäßigung der Wohnungsmieten vorgeesehen werden; eine Einrichtung, wie sie andere Städte schon getroffen haben.

Die Gründung einer 'Wohnungsfürsorge G. m. b. H.' ist eine zwangsläufige Voraussetzung, daß im nächsten und in den folgenden Jahren der städtische Wohnungsbau weiter fortgesetzt und daß im Interesse der städtischen Bevölkerung steigende Wachstum des kommunalen und gemeinnützigen Eigentums weiter gefördert werden soll.

Wie von bürgerlicher Seite die Finanznot der Stadtgemeinde und ihre Unmöglichkeit, aus dem Stammvermögen Mittel für den Wohnungsbau zu machen, auszunutzen beabsichtigt wird, kann man in einem Artikel der Sonnabendnummer der Leipziger Neuesten Nachrichten nachlesen.

Die Feinde der städtischen Reglebetriebe und des städtischen Wohnungsbauwerks wenden sich in der schärfsten Weise gegen die beabsichtigte Gründung einer städtischen 'Wohnungsfürsorge G. m. b. H.'; sie behaupten, daß das Geschäft zu wahren, daß sie die Mittel aus der Mietzinssteuer, aus Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden.

Die Feindschaft im bürgerlichen Lager gegen die geplante städtische Wohnungsfürsorgegesellschaft zeigt, daß die Linke des Stadtverordnetentkollegiums bestrebt sein muß, den städtischen Wohnungsbau zu sichern.

Natur und dem Volkstum wieder herzustellen und in ihm auch die idealen Kulturwerte zur Geltung zu bringen.

Die Schule muß bei dem Industrieerben in besonderem Maße die Pflege der individuellen Sonderbegabung betonen, da diese nicht bloß Keimern der Berufswahl sein muß, sondern auch einer, lediglich unter dem Zwange der wirtschaftlichen Lage ergriffenen Berufstätigkeit einen befriedigenden Lebensinhalt zu bieten hat.

Die Schule des Industrieerbes muß bei den Schülern und Schülerinnen der oberen Klassen ein tieferes Verständnis für die Bedeutung der industriellen Berufsarbeit und die Eigenart ihrer wichtigsten Zweige anbahnen.

Die Fälligkeit des Vortrags und der vorgelegten Beiträge rief eine lebhafte Aussprache hervor, die der Lage des proletarischen Kindes mehr gerecht zu werden versuchte. Dabei wurden für die Leisefähige einige Zusätze beantragt, die folgende Forderungen enthielten: Garten- und Waldschulheime, Erhöhung der Mittel für Klassen- und Jugendwandern, Schulausbau mit Grünflächen, Schulbäder, Ausbau von Schulzweigen, Befestigung des Wohnungsbauwerks und ausreichende Entlohnung der Arbeiterkraft. Diese Zusätze wurden, ebenso wie die Leisefähige, einstimmig angenommen.

Die Lehrerschaft wird sich aber darüber klar sein müssen, daß die Erfüllung solcher Forderungen durchaus auf politischem Gebiete liegen und daß bei dem Fortbestand der heutigen Wirtschaftsanarchie sich die Lage der Jugend nur verschlechtern wird.

Bemerkenswert war, daß bei der Aussprache der 1. Vorsitzende des Leipziger Lehrervereins, Genosse Gläser, die Gelegenheit wahrnahm, um Oberlehrer Wehner dafür zu danken, daß er zu jeder Zeit mit besonderem Nachdruck für die von vielen Seiten bekämpfte Lehrerschaft eingetreten sei.

Ein allseitig draufender Beifall in der Versammlung bewies, daß in diesem Danke mehr als eine wohlwollende Geste lag. Ob dies freilich auf dem Leipziger Katheder begriffen wird, möchten wir hart bezweifeln. Als Präparation auf Neujahrstreden war jener Augenblick nicht geeignet.

Nach den Ermittlungen der amtlichen preussischen Todesursachen-Statistik für das Jahr 1925 belief sich die Zahl der durch Verkehrsunfälle im Bereich getöteten Kinder bis zum 15. Lebensjahre auf 633 (473 Knaben und 160 Mädchen). Von diesen wurden mehr als die Hälfte, nämlich 357 oder fast 55 v. H., von Kraftwagen tödlich verletzt. 109 oder fast 28 v. H. wurden von sonstigen Tierkraftbewegten Fahrzeugen, 44 oder fast 7 v. H. durch Straßenbahnen, 37 oder nicht 6 v. H. durch Eisenbahnen und 18 oder nicht ganz 3 v. H. durch Motor- oder sonstige Fahrzeuge überfahren und getötet. 30 Kinder oder noch nicht 5 v. H. der Gesamtzahl stelen Fahrzeugen anderer Art zum Opfer.

Die besondere Gefährdung der Kinder durch Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr geht aus diesen Zahlen einwandfrei hervor. Auch in Leipzig ist die Anzahl der Straßenunfälle, von denen Kinder betroffen werden, verhältnismäßig groß. Mit dem täglich wachsenden Verkehr, insbesondere dem von Kraftwagen und Motorrädern, werden auch die Strohgeschichten für die Kinder immer größer. Deshalb können Eltern und Erzieher die Kinder nicht einbreinlich genug warnen, mit der größten Aufmerksamkeit die Straßen zu passieren und jedes Spielchen auf den Fahrbahnen zu unterlassen. Notwendig ist auch, daß die Kinder in den Schulen über ihr Verhalten im Großstadtverkehr aufgeklärt und mit den Verkehrsvorschriften vertraut gemacht werden.

Museumsführung. In der Ausstellung einheimischer und fremder Tannen, Fichten, Kiefern, Lärchen und Zedern im Naturhistorischen Heimatmuseum am Meißnerplatz (Eingang Porzingsstr. 3) findet Mittwoch, 21. Dezember 1927, eine öffentliche Führung statt. (Fr. Richter). Die Teilnahme ist für Jedermann frei.

# Heute, Montag, im Schloss Keller Funktionäre

Funktionäre.  
Öffn. Zeitungs- und Agitationskomitee, Mittwoch, den 21. Dezember, 20 Uhr, in der Bibliothek.

## Rufus für Frauen und Mädchen

Thema: Frauenprobleme im kapitalistischen Zeitalter. Montag, den 9., 16., 23. und 30. Januar, im Volkshaus, Café Mitte, 20 Uhr. Vorträge: G. Hofmann, Matilde Wurm, Berlin, W. d. A., spricht über: „Der Anteil der Frau am Berufs- und Erwerbsleben.“ „Anerkennung weiblicher Arbeitskraft als unentbehrlicher und entscheidender Faktor in der heutigen Wirtschaft.“ „Erwerbstätigkeit als Lebensweg zwischen Schulentlassung und Eheabschluss.“ „Die soziale Stellung der Frau.“ „Der natürliche Beruf der Frau.“ „Mutterpflicht und Beruf.“ „Hauswirtschaft und Erwerbstätigkeit.“ „Die alleinstehende selbständige Frau.“ „Die verheiratete Mithilfswirtschaft.“ „Die sogenannte Doppelverdienerin.“ „Die Frau in den verschiedenen Berufen.“ „Arbeiterin, Angestellte, Hausangestellte, Beamtin, freie Berufe, Frauennarbeit in der Landwirtschaft, in der Heimarbeit.“ „Der besondere Schutz der weiblichen Erwerbstätigen.“ „Die Frau als Konsumentin.“ „Die Organisationsfähigkeit der Frau.“ „Der Anteil der Frau in den Organisationen.“ „Vorteil, Gewerkschaft, Genossenschaft.“ „Gemeinsamkeit der Organisation.“  
SPD. Groß-Beipzig.

### Frauen.

Thonberg, Dienstag, 20. Dezember, 17½ Uhr, im Himmelreich, gemeinschaftliches Besammeln mit den Kindern.

### Jugendkaffee.

Süden, alle Mitglieder des Arbeitsausschusses unserer Gruppe müssen heute an der Versammlung teilnehmen, da anschließend eine Sitzung stattfindet.

### Rednervereinigung.

Reichstagsabgeordneter Dr. Paul Seitz, Berlin, spricht Donnerstag, den 22. Dezember, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, über: Finanzpolitik. Die bevorstehenden Reichstagswahlen verpflichten jeden Redner zum Erscheinen.  
SPD. Groß-Beipzig.

### Wittoldecker-Beranstaltungen

Gohlis, Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Aidau-Ausgang, Lichtbildvortrag von Gen. Krause: „Alpenreise eines Sozialisten.“  
F. v. S. Leiter des Gen. Meyer mit seiner Laute.

### Blaubüberfall

Am 10. Dezember, in der 20. Stunde, wurde in der Hohensteiner Straße, Ecke Bauhändler Straße in Leipzig-Neugohlis, ein Hohensteiner von zwei unbekannten Männern überfallen und seines Geldes im Betrage von etwa 68 Mark beraubt. Der Überfallene war an der Hohensteiner Hohensteiner-Bauhändler Straße von der Straßenbahn abgestiegen. Hier trat einer der beiden Unbekannten an ihn heran und bat um Feuer. Auf die Erwiderung, daß er selbst kein Feuer habe, schlug ihn plötzlich der Unbekannte mit einem harten Gegenstand an den Kopf, wodurch der Geschädigte zu Fall kam. Der unweit davon stehende zweite unbekannte Mann sprang hinzu, nahm dem Überfallenen das Geld aus der Schützengasse und lief seinem Komplizen zu: „Ich habe das Geld.“ Hierauf ergreifen beide die Hohensteiner Straße entlang nach der Hohensteiner und diese nach Leipzig-Schleusen zu die Flucht. Sie werden wie folgt beschrieben: 1. 18 bis 20 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, mittelgroß und breit, ohne Bart, trug dunkle Anzüge, lange Hosen und grau karierte sogenannte Schiebermütze. 2. Etwa 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß, trug graue Hosen mit Sportknoten, dunkle Jacke und Jagdmütze mit ovalem Abzeichen. Er hatte dunkle Schweißbart und kleinen Kinnbart, sogenannte Klette und führte ein Fahrrad bei sich. Zu ihrer Ermittlung dienliche Angaben erbittet das Kriminalamt.

### Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung

Spruchkammer beim Landesamt für Arbeitsvermittlung.  
Nach dem seit 1. Oktober d. J. in Kraft getretenen Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist für den Kreisbezirk Sachsen eine Spruchkammer beim Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden errichtet worden. Diese Spruchkammer wird, abgesehen von wenigen Ausnahmefällen, letztinstanzlich über Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung entscheiden. Zum Vorsitzenden der Spruchkammer wurde der stellvertretende Direktor des Oberversicherungsamts Dresden Regierungsrat Dr. Gerbing, zu seinem Stellvertreter der Direktor des Oberversicherungsamts Dresden Geh. Regierungsrat Dr. Herrlich, vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ernannt.

Elternabende. 16. Volksschule. Familienabend: Montag, den 10. Dezember, abends, in den Reichshallen. Zur Aufführung kommt „Die Silberne Glocke“. — 26. Volksschule, Poststraße 19. 22. Dezember, abends: Weihnachtswunder. Lebendig geborene Kinder. Spiel in 3 Akten von C. Richter. — 36. Volksschule. Montag, den 19., und Mittwoch, den 21. Dezember, 8½ und 10 Uhr: Weihnachtsspiele. Eintritt 30 Pfennig. Alle Eltern und Freunde der Schule sind herzlich eingeladen. — 44. Volksschule. Mittwoch, den 21., und Donnerstag, den 22. Dezember, 20 Uhr: Weihnachtsspiel. Eintritt 20 Pf. — 56. Volksschule. Weihnachtsspiel im Gaißhof Wundorf: Traumbühnen Wunderland. Mittwoch und Donnerstag, 19. und 20. Dezember, 10 Uhr (für Kinder). Karten in der Schule. — 9. Volksschule. Mittwoch, den 21. Dezember, 10 Uhr, im Schulsaal: Weihnachtsspiel: „Weihnachtsglocke durch Weihnachtsmännchen“. — 24. Volksschule. Dienstag, den 20., und Donnerstag, den 22. Dezember, 10 Uhr: „Die Gänsemagd“, umrahmt von Deklamationen und musikalischen Vorträgen. Als Kostenträger werden 20 Pf. Eintritt erhoben.

### Bolschewitschnachrichten

Gestohlene Weihnachtsgeschenke. In der Nacht zum 14. Dezember wurden mittels Einbruch aus einem Keller in Gohlis gestohlen: 9 Halsen, 4 Halsen, 2 Wildenten, sämtlich frisch geschossen, und 5 Stück Wulst. Am Tatort ist von den Tätern ein fast neuer Kinderwagen (Kleingewand) gefunden worden. Ferner wurde ein Mantelknopf gefunden, der vermutlich von einem der Täter herrührt. Soll. Sachdienliche Angaben, insbesondere von Aufsehern bei verdächtigen Anhalten, erbittet das Kriminalamt oder die nächste Polizeidienststelle.

Vertreiber von „Faulstücken“ als Zeugen gesucht. Im Jahre 1925, insbesondere zum damaligen Reichstagswahlkampf im Oktober, hat die Fa. Gangloff u. Co. durch eine große Anzahl sogen. Werber und Werberinnen Baukäse (Anschlagspostkarten) des Raumburger Reichsvereins für vaterländische Vorkämpfer (RWB) vertreiben lassen. Durch eine Anzeige des Reichsvereins wird der Kaufmann Oscar Gangloff beauftragt, einen Teil des Erlöses aus diesem Vertrieb unterzulegen zu haben. Es sollen aber verschiedene Werber und Werberinnen wegen ihrer Provisionsansprüche solche Baukäse befallen haben, welche Tatsache dem Gangloff zugute kommen würde. Da solche Werber und Werberinnen nicht mehr bekannt sind, ersucht Herrmit die öffentliche Aufforderung an sie, dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Leipzig, Eisenstraße 64, II., Zimmer 19, umgehend schriftlich, aber wahrheitsgemäß mitteilen zu wollen, wie viele solche Faulstücke sie bei Beendigung ihrer Werberbetätigung nicht zurückgegeben haben. Eine nachträgliche Ablieferung an die Behörde wird damit nicht verlangt.

# Sächsische Angelegenheiten

## Die zweite Lesung im Besoldungsausschuss

Der Beamtensauschuss beendete am Sonnabend die zweite Lesung des Besoldungsgesetzes und Ruhestandsgesetzes. Unsere Genossen stellten zu den einzelnen Besoldungsgruppen erneut Anträge, um die Ungerechtigkeiten die das Gesetz enthält, zu beseitigen. Sie verlangten vor Beginn der zweiten Lesung, daß Sachverständige aus den Kreisen der Techniker der Staatskanzlei und der Handwerker gehört werden sollten. Die Abgeordneten Beilke (NSP) und Härtel (Aufwärtler) sprachen dagegen. Die bürgerlichen Parteien lehnten infolgedessen die Hinzuziehung der Sachverständigen ab. Die Abstimmung ergab, daß die beiden Gesetze mit nur geringen Änderungen nach der Vorlage angenommen wurden. Die von unserer Seite gestellten Anträge wurden als Minderheitsanträge aufrechterhalten. Bei der zweiten Beratung der Gruppe 7 wiesen unsere Genossen auf die Bevorzugung der Staatszeitung und der Kasse der Staatskanzlei hin. Der Vorstand der Staatszeitung, der bisher in der Gruppe 11 gewesen ist, kommt nach der Vorlage in die neue Gruppe 7a mit einem

# Vergnügungs-Anzeigen für die Weihnachtsnummer

werden am besten schon jetzt aufgegeben, damit auf ihre Ausgestaltung die größte Sorgfalt verwandt werden kann.

Unsere Weihnachtsnummer erscheint bereits am Sonnabend, dem 24. Dezember, und liegt drei Tage auf.

Es empfiehlt sich daher, die Ankündigungen für alle Feiertage in dieser Nummer

# der Leipziger Volkszeitung

aufzugeben, und zwar an unsere Hauptgeschäftsstelle oder deren Filialen.

Auf telephonischen Anruf unter 72206 erfolgt eventuell auch Vertreterbesuch.

## Leipziger Volkszeitung — Abteilung Inserate — Tauchaer Straße 19-21.

Endgehalt von 8700 Mk. Viele Beamte, deren Stellung für das Volk, für die soziale Gestaltung und für die Arbeitsgestaltung von außerordentlicher Bedeutung sind, hat man, obwohl sie auch in der Gruppe 11 waren, nicht mit nach der Gruppe 7a eingestuft. Leiter von Krankenhäusern, Frauenkliniken, Vorstände von Forschungsinstituten, Räte bei den Gewerbeaufsichtämtern usw. schätzt man in ihren Leistungen geringer ein, als den Vorstand der Staatszeitung. Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter bei der Staatszeitung, der den Vorstand der Staatszeitung (Abg. Beilke) vertreten muß, wenn dieser im Landtage zu tun hat, ist nach Gruppe 7b eingestuft worden. Nach Traffer ist die Einstufung des Verwaltungsdirektors der Staatszeitung, der nur einige wenige Beamte unter sich hat, aus der Gruppe 10 in die Gruppe 7c. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß es Verwaltungsdirektoren bei viel größeren Ämtern gebe, die an die 100 Beamte unter sich haben und doch in der Gruppe 10 befallen worden sind. Eine gleiche Bevorzugung hat die Kasse der Staatskanzlei erfahren. Der Vorstand dieser kleinen Kasse, der nur 3 Beamte unter sich hat, wird auch nach Gruppe 7 eingestuft. Die Bedeutung dieser Stelle und die erforderliche Arbeitsleistung dieses Beamten berechtigt auf keinen Fall die ungemeine Heraushebung gegenüber anderen Beamten, die viel mehr zu arbeiten haben und viel wichtigeren Ämtern vorstehen. Unsere Genossen betonten, daß die Herabsetzung der Kasse der Staatskanzlei und der Staatszeitung weiter nichts sei als ein Geschenk an den Ministerpräsidenten, und daß die Besoldung der in Frage kommenden Beamten nicht auf Grund ihrer Arbeitsleistung und der Bedeutung ihrer Arbeit für die Gesamtheit, sondern nur aus politischen Rücksichten auf eine kleine Partei erfolgt sei.

### Anhaltbare Zustände bei den Arbeitsämtern

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht:

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat eine Anzahl Formulare herausgegeben, die an Umfang und unklarer Fragestellung alles bisher Dagewesene übertreffen. Es stellte sich heraus, daß der Arbeitslose die gestellten Fragen allein nicht beantworten kann, so daß die Formulare in der Hauptsache von den Angestellten des Arbeitsamtes ausgefüllt werden müssen. Das führt zu einer starken Belastung und Vermehrung des Personals der Arbeitsämter und damit zu einer unnötigen Geldverwendung.

Ferner ist unter dem 2. Dezember 1927 eine Verordnung erlassen worden, die für die im Bau- und Saisongewerbe beschäftigten Arbeitnehmer bei eintretender Arbeitslosigkeit Wartezeiten von 1-3 Wochen vorseht. Diese Bestimmungen sind ein Bruch des Grundgesetzes, nach dem jeder Beschäftigte ein Anrecht auf Unterhaltung hat. Außerdem bedeutet der Entzug der Unterhaltung eine neue Belastung für die Gemeinden. Die arbeitslosen Bau- und Saisonarbeiter fallen der Wohlfahrtsfürsorge anheim.

Wir fragen deshalb, was gebietet die Regierung zu tun:

1. um die unhaltbaren werdenden Zustände auf den Arbeitsämtern abzuändern;
2. um Tausende von Bau- und Saisonarbeitern, sowie die Gemeinden vor schwerem Schaden zu schützen?

### Bürgerliche Futterkrippenpolitik

Im Zwickauer Stadiparlament beschloß die bürgerliche Mehrheit, sämtliche Forderungen des neugewählten Stadtrats Dr. Fey, der wegen seiner reaktionären Einstellung rühmlich bekannt ist, zu bewilligen. Dr. Fey ist auf 6 Jahre gewählt. Bewilligt wurden Herrn Fey die Amzugskosten (er kommt von Kassel) und die Erstattung der Kosten für die Führung des doppelten Haushalts. Weiter erhält Dr. Fey eine lebenslängliche Rente, obwohl er nur auf sechs Jahre gewählt wurde. Im allgemeinen erhalten Stadträte erst eine lebenslängliche Rente, wenn ihre Wiederwahl nach 16 Dienstjahren erfolgt ist. Die Zwickauer Stadträte zeigen hier ein wahres Musterbeispiel ihrer Futterkrippenpolitik. Gegen die Forderungen des neugewählten Stadtrats stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Aufwärtler-Vertreter hatte bei der Abstimmung den Saal verlassen. Bei den Kommunisten fehlte ein Stadtratsmitglied. Wäre dieser bezogen, dann hätten die Forderungen des Dr. Fey abgelehnt werden können.

Während die Zwickauer Bürgervertreter hier einem Manne einige Tausende mehr bewilligt hatten, als wie ihm eigentlich zustanden, beschloß die bürgerliche Mehrheit des Hauses, den Preis für eine Portion Volksküchenessen von 10 auf 20 Pf. zu erhöhen.

### Großfeuer in Zwickau

Am Sonnabend, kurz nach 6 Uhr, brach in Zwickau im Palais-Theater (Altschloß und Kaserne), in der Wilhelmstraße, ein Großfeuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. In den Kellerräumen des 700 Personen fassenden Kinos betreibt der Inhaber ein großes Restaurant, das zur Zeit umgebaut wird. Dort ist das Feuer aus bisher ungeklärter Ursache entstanden. Der Brand nahm bedrohlichen Charakter an. Durch die starke Rauchentwicklung konnte die Zwickauer Feuerwehr, die noch durch zwei Waggons einer Automobilmfirma verstärkt worden war, nur schrittweise vordringen. Mehrere Feuerwehrlöcher erlitten Rauchvergiftungen. Die Veranlassung des Treppenhalles wurde so stark, daß den Bewohnern des zweiten Obergeschosses der Ausgang abgeschnitten war. Sie mußten auf der Automobildrehleiter ins Freie geschafft werden. Die Feuerwehr hatte mehrere Stunden ununterbrochen zu tun, um ein weiteres Ausbreiten des Feuers zu verhindern. Der Schaden, den das Feuer verursacht hat, ließ sich bis zur Stunde noch nicht voll übersehen. Schwer mitgenommen sind in erster Linie durch das Feuer und auch wohl durch das Wasser die Kellerräume im Kellergeschoß. Auch der Zuschauerraum des Kinos ist erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Vordachraum ist völlig ausgebrannt. Bei dem großen Umfang des Feuers erscholl nach langen Jahren wieder Sturmgekläuf von der Marienkirche, und Hornsignale riefen auch die sämtlichen Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren in den Straßen zusammen.

### Ueberrall starker Schneefall

Aus allen Teilen Sachsens wird gemeldet, daß in den letzten Tagen ein starkes Schneereiben eingeleitet hat. Der Schnee erreichte an verschiedenen Stellen, namentlich im Erzgebirge, eine Höhe von 50 Zentimetern. Mit dem Schnee kam eine Kälteeiße. Die Thermometer zeigten 10 Grad und mehr Kälte an. Glatteis auf allen Straßen war die Folge. Viele Autoslinien mußten aus diesem Grunde oder wegen des hohen Schnees den Verkehr einstellen. Besonders hatte die Eisenbahn unter den plötzlichen Schneefällen zu leiden. Erhöhte Zuspätkömungen und längere Verwehrrückstände wurden aus allen Gegenden Sachsens gemeldet. Auch der Telegraph wurde verschiedentlich unterbrochen.

### Uebersicht über die staatlichen Kraftwagenlinien.

	Oktober 1927	Oktober 1926
Zahl der Linien	114	98
Kilometrische Länge der Linien	1922	1407
Beförderte Personen	1.000.154	1.029.004
Gefahrene Kilometer	632.898	412.107

Anmeldung für die Pädagogischen Institute in Dresden und Leipzig. Um die für Eltern notwendigen Einrichtungen rechtzeitig treffen zu können ist es nötig, daß schon jetzt die Zahl der Abiturienten festgestellt wird, die sich dem abendlichen Studium für das Volkshochschulstudium zuwenden wollen. Diese werden hierdurch aufgeföhrt, sich bald, möglichst bis 28. Februar 1928, zu melden. Meldungen sind zu richten für das Pädagogische Institut zu Dresden an Professor Dr. Seifert, Leipzig, Straße 18, für das zu Leipzig an Professor Dr. Richter, Gustav-Freytag-Straße 42.

### Beschäftigungsgrad im sächsischen Baugewerbe.

Die Erhebung am 12. Dezember 1927 erstreckt sich auf 68.019 Mitglieder, davon waren arbeitslos: 9450 Maurer, 7120 Hilfsarbeiter, 458 Tiefbauarbeiter, 118 Zementarbeiter, 6 Zolllager, 64 Stuckateure, 38 Töpfer, 30 Glaser, 123 Apphateure, 210 Polierer, 95 Steinleger, 776 Verkleiner und 19 weibliche Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit beträgt 27,7 Prozent.

Dieses Geteiltes Leid. Kürzlich ging ein Hochschlächter in den Hof des Amtsgerichts und verlangte mit viel Nachdruck die Entlassung seiner inhaftierten Ehefrau. Als zwei Polizeibeamte gegen den Mann einschritten wollten, fiel seine Aufregung nur noch mehr. Er beschimpfte und beleidigte die Beamten, auch leistete er Widerstand, so daß die Sache für ihn noch ein böses Nachspiel haben wird. Schließlich wurde der getreue Ehemann gleich seiner Ehefrau in Haft genommen.

Meerane. Verhafteter Brandstifter. Der Wächter des Hofes „Schwanefeld“ der in diesem Saale Feuer angelegt hatte, das aber rechtzeitig gelöscht wurde, kam in Haft. Der Wächter hat die Brandstiftung eingestanden.

Zwickau. Tragödie einer Mutter. Am 14. Dezember wurde im Garten des Bürgerhospitals ein neugeborenes totes Kind aufgefunden. Es handelt sich um ein ausgeprägtes Kind männlichen Geschlechts. Die Kindesleiche war in einem rot- und weißgefärbten Tuch — vermutlich Wundel — sowie in einem Zwickauer Tagblatt vom 19. Oktober 1927 und in braunem Papier eingewickelt. Sie ist schon zum Teil in Verwesung übergegangen, hat aber, wie an der Fundstelle festgestellt werden konnte, vielleicht erst ein paar Stunden dort gelegen. Die Kindesmutter konnte noch nicht ermittelt werden.

Hohwein. Ergrißene Ausreißer. Von den am 13. Dezember aus der Erziehungsanstalt Wänaudorf entwichenen Jünglingen konnten durch hiesige Kriminalbeamte an der Grünen Aue bei Hohwein zwei wieder festgenommen werden. Sie hatten in der Nacht zum 14. bei Hainichen in einer Scheune übernachtet. Um sich der drohenden Festnahme zu entziehen, machte einer der beiden Jünglinge noch einen vergeblichen Fluchtversuch. Er sprang in die Aue und schwamm ans jenseitige Ufer, wo er jedoch gefasst wurde.

Ramenz. Erdbeben. Auf der Spitze der Grube Zschöckel ereignete sich kurz vor Schichtanbruch ein mächtiger Erdbeben. Der Boden rutschte in der Länge von 30 Metern 3 Meter in die Tiefe und nahm Gestele elektrische Maschinen und die Brückenmaschinen mit. Obwohl die elektrische Leitung unter 1000-Volt-Spannung war, ist dem Führer bei diesem Erdbeben nichts passiert.

# Volkshaus Leipzig

Neu erschienen. Heft: Deutsches Reichstank mit 100 Bildern. 100 Seiten. Preis 1,10 Mark. Abnehmerpreis mit Speckkarte 40 Pf. Kinderkaffee mit Kaffee 1,10



